

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 1. März 1928
10. Jahrgang Nummer 52

Verlegt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,25 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 M., unter Druckband 2,50 M. Einzelgenuss: Die gebundene Wollmetzgerle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsangelegenheiten 6 Pf., Metallarbeiter: Die gebundene Wollmetzgerle oder deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Aufnahme für die Haupt-Expedition 1 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Krebschen Straße 50, Telefon 4719. Post-Expedition: Breslau 244, Neugartenstraße 50, Telefon Ring 2337. Geschäftsstelle der Redaktion: von 12-18, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filiale: Expeditionen: Glatz, Wollmetzgerle 20, Telefon 1111. Glatz: Luntz & Co., Telefon 2334. Geschäftsstelle: von 8-12 Uhr. Geschäftsstelle am Hauptbahnhof Breslau. — Verlag: Glatz, Wollmetzgerle 20, m. B. Breslau. — Druck: „Neubau“ Berlin, G. L. Breslau, Krebschen Str. 50.

Bevorstehender Metall- und Bergarbeiterkampf in D.-G.!

Lohn- und Arbeitszeitabkommen zum 31. März gekündigt

Gleiwitz, 1. März. Das Mehrarbeitszeitabkommen im ober-schlesischen Bergbau ist am Mittwoch von den Arbeitnehmern zum 31. März gekündigt worden. Der Arbeitgeberverband hat daraufhin den gesamten Manteltarif für den Bergbau gekündigt. Die bis zum 31. Mai geltenden Lohnsätze werden davon vorläufig noch nicht betroffen. Die meisten Arbeiterverbände haben außerdem zum 31. März die selbständigen Lohn- und Arbeitszeitvereinbarungen aufgekündigt. Auch von den Angehörigen der Gewerkschaften in Oberschlesien sind verschiedene Tarife zum 31. März gekündigt worden, u. a. der Tarif für die Angestellten im Handel im ober-schlesischen Industriegebiet, für Handel und Industrie in Oppeln, für die Metallindustrie in Reisse und für die Industrie in Raibitz und Leobschütz.

Glindeburg, 1. März. Die ober-schlesischen Metallarbeitergewerkschaften haben am 29. Februar zum 31. März das Arbeitszeit- und Lohnabkommen für die ober-schlesische Eisenindustrie gekündigt und zum gleichen Zeitpunkt außerdem das Arbeitszeit- und Lohnabkommen sowie den Manteltarif für die ober-schlesische weiterverarbeitende Industrie.

Während die deutschen Unternehmer in jedem auch noch so geringfügigen Kampf entweder wie bei den Zigarrenarbeitern zur Generalausperrung für ganz Deutschland schreiten, oder wie bei den Hüttenarbeitern mit der Stilllegung der gesamten Schwerindustrie drohen, oder wie bei den mitteldeutschen Metallarbeitern und den Berliner Werkzeugmachern große Ausperrungen ankündigen, während sie also auf den kleinsten Angriff mit dem Einsatz ihrer ganzen Machtmittel antworten, führen die Reformisten die deutsche Arbeiterschaft möglichst zerplittert in den Kampf.

Unter dem Druck der Opposition ist es jetzt in der ober-schlesischen Metall- und Bergindustrie zur Kündigung des Arbeitszeit- und des Lohnabkommens gekommen. Auf der letzten Revierkonferenz des Bergarbeiterverbandes wurde eine weitergehende Resolution zwar mit 70 gegen 59 Stimmen abgelehnt, aber die starke Minderheit hat die Reformisten doch bewogen, wenigstens das Mehrarbeitszeitabkommen zu kündigen, worauf nunmehr der Arbeitgeberverband mit der Kündigung des gesamten Manteltarifs geantwortet hat.

Da beide Kündigungen auf den 31. März fallen, ist also hier die Zusammenfassung der beiden Kämpfe durchaus gegeben. Jetzt ist es Aufgabe der Opposition der Metallarbeiter und Bergarbeiter, die reformistische Gewerkschaftsführung zur Kampfaufnahme in breiter Front zu zwingen. Von den Forderungen von 15 Pfennig Stundenlohnsteigerung für die Metallarbeiter und 1,50 M. Schichtlohnsteigerung für die Bergarbeiter sowie der Acht- bzw. Siebenstundenschicht darf nicht abgegangen werden.

Dieser Kampf muß gegen alle Unternehmerschergen und alle Schiedsprüche des Schlichtungsapparates durchgeführt werden!

Das Kampfbündnis der Eisenbahn-, Transport- und Metallarbeiter muß geschlossen werden! Dazu bietet die Möglichkeit die Einberufung eines Weltkongresses für Oberschlesien, den die Opposition seit langem fordert und der jetzt zu einer Kampfnötwendigkeit geworden ist.

Das Schicksal der mitteldeutschen Metallarbeiter muß den ober-schlesischen kämpfenden Arbeiterschichten eine Warnung sein!

Die sächsischen Hüttenkönige drohen

II. meldet aus Dresden: Bekanntlich hatten die Arbeitgeber der sächsischen Hüttenindustrie bei den letzten Verhandlungen am vorigen Donnerstag neue Vorschläge zur Beilegung des Arbeitszeitkonfliktes in der Hüttenindustrie gemacht, zu denen sich die Gewerkschaften bis zum heutigen Dienstag erklären sollten. Da eine solche Erklärung jedoch nicht erfolgt ist und die örtlichen Bestimmungen eine Mehrheit für die Ablehnung der Vorschläge ergeben haben, muß diese Nichterklärung als Ablehnung gedeutet werden. Die Ar-

beitgeber der gesamten eisenerzeugenden Industrie werden nun zu dieser Lage Stellung nehmen und man muß damit rechnen, daß die Ausperrung in der sächsischen Hüttenindustrie sich auch auf die nordwestlichen Gruppen ausdehnt.

Die Drohung mit der Ausperrung der nordwestlichen Gruppe ist zweifellos nur ein Bluff, mit dem die Unternehmer nicht zu Unrecht hoffen, die D. M. B. - Bürokratie zum Rückzug zu zwingen. Die Hüttenarbeiter in Sachsen und im Ruhrgebiet müssen jetzt gemeinsam auf die Kampfaufnahme zur Wiedereroberung des Achtstundentages drängen.

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie

II. Berlin, 29. Februar. — Im Kampf in der Berliner Metallindustrie ist auch heute morgen noch keine Veränderung eingetreten, da die Streikleitung im Augenblick noch tagt, um zu den Beschlüssen des Arbeitgeberverbandes Stellung zu nehmen. Die Kommunisten im Deutschen Metallarbeiterverband verlangen zwar, daß alle Werkzeugmacher der Berliner Metallindustrie in den Streik treten sollen, doch dürfte diesem Verlangen zunächst schwerlich stattgegeben werden.

3796 Saarbergleute von den Franzosen auf die Straße gesetzt

II. Saarbrücken, 29. Februar. Wie ihnen am 25. Februar angekündigt worden war, sind heute 3796 Saarbergleute von der französischen Saarbergwerksdirektion entlassen worden. Unter ihnen befinden sich Leute von 30jähriger Dienstzeit und Familienväter mit acht Kindern. Eine Bergarbeiterdelegation ist heute nach Berlin gereist, um deutscherseits eine größere Abnahme von Saarkohle zu erzielen.

Dr. Luther Reichskommissar für die Landwirtschaft?

(Eig. Draht.) Berlin, 1. März.

Die „Deutsche Zeitung“ bringt folgende Meldung, die wir allerdings angehts der durch und durch verlogenen Schreibweise des völkischen Fehlblattes nur mit allem Vorbehalt wiedergeben:

„Wie wir aus durchaus zuverlässiger Quelle erfahren, beabsichtigt die Regierung zur Durchführung der Maßnahmen, die zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft in Aussicht genommen sind, ein besonderes Reichskommissariat zu errichten. An die Spitze dieser neuen Behörde soll auf Vorschlag des Reichslandbundes der frühere Reichszantler Dr. Luther gestellt werden. Seine Ernennung steht demnach unmittelbar bevor.“ — Diese Ernennung würde die schamlose Liebesgabenpolitik des Bürgerblocks an die Großagrarier krönen.

Drei Jahre Gefängnis für Doriot

II. Paris, 29. Februar. In Abwesenheit verurteilte die Strafkammer den kommunistischen Deputierten Doriot wegen Anschlags auf die Staatssicherheit zu drei Jahren Gefängnis und 3 000 Franken Geldstrafe. Doriot, der bekanntlich seit seiner Entlassung auf Kammerbeschluß verschwunden ist, wird zur Last gelegt, in China eine revolutionäre Bewegung eingeleitet und die französischen Militärpersonen zur Gehorsamsverweigerung aufgefordert zu haben. Wegen des gleichen Deliktes der Aufforderung zur Gehorsamsverweigerung wurden der kommunistische Deputierte Duclos und ein Rebatteur zu je einem Jahr Gefängnis und 1000 Franken Geldstrafe verurteilt.

Die Vollendung des Mittellandskanals

Im Hauptausschuß des Reichstags erklärte gestern der Staatssekretär Gutbrab, daß für Regulierungsarbeiten unterhalb Breslauer 54 Millionen Mark vorgesehen sind, das Staubeden Ottomachau würde rund 55 Millionen Mark erfordern. Auch für das Waldenburger Resier sind bereits Maßnahmen ergriffen worden. Zur Prüfung der Verbindung von Oder-Spree — Elbe ist ein Vorarbeitenamt in Saalfeld errichtet.

Der Umschwung in der Getreidebeschaffung

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter.)
Moskau, 28. Februar.

E. W. In den letzten Monaten durchlebte die Sowjetunion eine Reihe von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die ihre Wurzeln in erster Linie in der unzureichenden Beschaffung des Getreides hatte. Bis zum September v. J. war von den staatlichen und genossenschaftlichen Organen der U.S.S.R. Getreide in ausreichendem Maße, ja sogar in einem größeren Umfange als es der staatliche Plan vorsah, aufgelauft. Anfang Oktober aber sank die staatliche Getreidebeschaffung fast katastrophal.

Folgende statistische Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates geben den Gang der Getreidebeschaffung im letzten Halbjahr 1927 wieder:

(Die Angaben sind in Tonnen berechnet.)

Plan monatlich	July	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
256 000	740 000	1 400 000	1 835 000	1 400 000	1 031 000	1 310 000
Erfüllung	234 537	910 000	1 641 993	1 248 798	750 967	669 929
% Erfüllung	93,8	123,0	117,3	89,8	54,3	51,1
Ergebnis der Getreidebeschaffung 1926/27	234 827	778 847	1 556 706	1 725 319	1 630 015	910 473

Wie außerordentlich die Getreidebeschaffung, d. h. die Aufbringung eines der wichtigsten Artikel des inneren Verbrauches und des Exportes, das gesamte Wirtschaftsleben der U.S.S.R. berührt, mögen hier nur folgende Angaben über den Außenhandel zeigen, bei dem sich das Fehlen des Getreides bisher am meisten ausgewirkt hat. Der Export des Getreides gab im November 1927 nur 33 Prozent des Betrages vom November 1926; die Ausfuhr von Weizen war noch schlechter bestellt, da nur 7,7 Prozent des vorjährigen Exportes erfüllt werden konnten. Zwar hatte die Sowjetunion noch eine aktive Handelsbilanz, die aber schon stark im Sinken war (Oktober 7 900 000 Rubel, November 4 900 000 Rubel). Die Perspektiven sahen folglich bei einem weiteren Fortgang der schlechten Getreidebeschaffung und daher dem Ausfall des russischen Getreides auf dem Weltmarkt sehr ernst aus.

Anfang Januar wurde die gesamte Sowjetöffentlichkeit von allen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht, und es begann eine intensive Aussprache über die Ursache des Sinkens der Getreidebeschaffung und über die Mittel und Wege, diesen Mangel auszufüllen. Seit jener Zeit ist das allgemeine Interesse außerordentlich stark von der Getreidebeschaffungslampagne in Anspruch genommen. Nicht nur in der Stadt, sondern fast noch mehr in der Stadt werden die Ergebnisse der Getreidebeschaffung, die nach fünfjährigen Erfüllungssterminen berechnet werden, besprochen. In den Arbeiterclubs, Fabriken, Kasernen fanden belehrende Vorträge statt und durch Entsendung von Agitatoren zur Aufklärung in die Dörfer wurde den dortigen Organisationen praktische Hilfe geleistet. In den Dörfern werden gleichfalls ständig Massenversammlungen veranstaltet, die Dorfarmut wird zur Unterstützung der Getreidebeschaffungslampagne mobilisiert und alle gesellschaftlichen Kräfte der Sowjets, der Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften und der Jugendorganisationen werden zur Aufklärung, zum Kampf gegen die Ursachen der bisherigen schlechten Ergebnisse und zur organisatorischen Arbeit herangezogen.

Bevor das Uebel abgestellt werden konnte, mußte man sich zunächst Klarheit über die Ursachen des Sinkens der Getreidebeschaffung am Oktober vorigen Jahres verschaffen. Ein Grund hierfür war die Parteibiskussion mit der trocknistischen Opposition, die alle Kräfte der Partei in Anspruch nahm und das Interesse der gesamten Öffentlichkeit von den praktischen Wirtschaftsfragen auf die Auseinandersetzung mit der trocknistischen Ideologie und „Partei“ ablenkte. Wie außerordentlich empfindlich das Volk auf alle Fragen des inneren Parteilebens, die im Falle der trocknistischen Opposition den Rahmen der Partei weit überschritten hatten, reagiert, zeigt das Zusammenfallen des Sinkens der Getreidebeschaffung mit dem Vorstoß der trocknistischen Opposition fast auf einen Tag.

Aber natürlich war die Parteibiskussion nicht die Ursache der schlechten Getreidebeschaffung, sondern sie wirkte sich nur dadurch so schädigend aus, weil infolgedessen sehr spät alle Kräfte zur Beseitigung des Übels mobilisiert werden konnten. Der Hauptgrund der schlechten Getreidebeschaffung ist natürlich ein wirtschaftlicher. So seltsam es auch scheinen mag, ist nicht der Mangel an Getreide, nicht die Armut der Bauern, sondern im Gegenteil das Wachstum ihres Wohlstandes die Ursache dafür, daß der Bauer sein Getreide vorläufig zurückhält. Sowjetrußland hat jetzt drei relativ gute Ernten hinter sich. Die Speicher der Bauern sind gefüllt. Er will sein Getreide realisieren. Solange es ihm noch schlecht ging, war er gezwungen, alle seine Vorräte sofort auf

den Markt zu werfen, da schon zu Beginn der Ernte das Brot nicht mehr für die Ernährung seiner Familie reichte. Jetzt ist er eingedeckt. Für die Bauern steht jetzt die Frage so, ob sie auf dem Markt Waren finden, die sie notwendig brauchen oder nicht. Das Geld hilft ihnen wenig, wenn sie sich dafür keine Textilwaren, landwirtschaftliche Geräte oder sonstige Industrieprodukte kaufen können. Und darin liegt die Ursache der jetzigen Krise: Das Missverhältnis zwischen Kaufkraft und Warenangebot in der Stadt und besonders auf dem Lande ist gewachsen.

Noch ein Faktor hielt die Bauern vom Getreideverkauf an die staatlichen Organe zurück. Der Index des Getreides steht im Verhältnis zu dem Index der anderen landwirtschaftlichen Produkte außerordentlich niedrig — Getreide (101), Vieh (105), technische Kulturen (120). Für den Bauer kommt der Verkauf seines Viehes rentabler, als der Verkauf seines Getreides. Auch spekuliert er unter dem Einfluß und den Zusicherungen der Kulatenschichten auf ein langames Steigen der Getreidepreise. Das Volkswirtschaftsamt des Handels hat darauf jetzt zusammen mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat kategorisch erklärt, daß an der bisherigen Getreidepolitik unbedingt festgehalten wird, und daß im Gegenteil die Preise für die Produkte der Viehzucht um etwa 10 Prozent zu senken sind.

Die wichtigste Aufgabe, die vor der Sowjetwirtschaft stand, war die ausreichende Belieferung der Landbezirke mit Textil- und übrigen Industrieprodukten. Hierbei wirkt der allgemeine Warenmangel in der U.S.S.R., der zum großen Teil eine Folge der wachsenden Kaufkraft der Bevölkerung ist, erschwerend. Die Produktion der in Betrieb stehenden Textilfabriken ist zwar im Verhältnis zur Vorkriegszeit gestiegen, aber erstens ist ein Teil der Textilfabriken noch durch den Bürgerkrieg zerstört, und zweitens kommt auch die polnische Textilindustrie für den russischen Markt nicht mehr in Betracht. Außerdem hat auch der Sowjetapparat bei Versorgung der ländlichen Bezirke teilweise nicht gut gearbeitet. Infolge bürokratischer Mängel ist trotz Vorhandenseins der Waren der Plan zur Belieferung der ländlichen Bevölkerung nicht erfüllt. So gab es teilweise im Kursker Gouvernement in den Verkaufsstellen kein Petroleum, während die Behälter überfüllt waren. In demselben Gouvernement konnten die Bauern teilweise keinen Zucker kaufen, obwohl sich dort 17 Zuckerrüben befinden, in denen gewaltige Vorräte lagerten.

Der Kampf gegen die Auswüchse des Bürokratismus war einer der wichtigsten Voraussetzungen für die rechtzeitige und ausreichende Belieferung der Dörfer mit den Textilwaren und Industrieprodukten. Vom Zentrum ist die Lösung ausgegeben worden, daß 70 Prozent aller in Frage kommenden Ware ins Dorf gehen müssen und davon 80 Prozent allein in die Getreidebezirke.

Ein weiteres Mittel zur Hebung der Getreidebeschaffung war der verstärkte Kampf gegen die Spekulanten. In den letzten Wochen sind eine Reihe von privaten Getreideeinläufern zu vielen Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Alle diese Maßnahmen führen zu einem jähen Umschwung in der Getreidebeschaffung. Wenn im Monat Dezember nur 51 Prozent des Planes erfüllt waren, so konnten im Monat Januar 132 153 1 Tonnen Getreide von den staatlichen Organen und Genossenschaften aufgekauft werden, während im Januar 1927 nur 993 338 Tonnen aufgebracht worden sind. In den ersten Wochen des Februars nahm die Getreidebeschaffung einen noch stärkeren Aufschwung.

Allein in den ersten zehn Tagen wurden 54 Prozent des gesamten Monatsplanes erfüllt. Bis zum 15. Februar sind 927 183 Tonnen aufgekauft.

Die stärksten Auswirkungen zeitigte die breiteste Aufklärungskampagne. Die Getreidebeschaffung wird heute von der Masse der Bauern wie ein Akt ihres revolutionären Bewusstseins zum Sowjetismus vollzogen. In langen Wagenzügen fahren die Bauern das Getreide in die staatlichen Sammelstellen und führen rote Fahnen mit Losungen: „Alles Getreide unserem Sowjetstaat“ usw. mit. Sehr typisch für die ideologische Einstellung auf dem Dorfe sind Fälle, in denen reichere Mittelbauern, die bisher als Kulaken aller Sowjetrechte entbehrt waren, zu den Sammelpunkten kommen und mit der Bitte, daß man von ihnen den Rest des Kulaken

nehmen soll, ihr Getreide abliefern. Es ist klar, daß man solchen wohlhabenden Mittelbauern gegenüber eine andere Politik einschlagen muß, als den Kulaken, die mit Getreide spekulieren und alles tun, um den Sowjetstaat zu schädigen. Gewiß ist das schlechte Ergebnis der letzten drei Monate

des Vorjahres noch nicht eingeholt, aber heute schon ist es klar, daß die Krise überwunden ist und daß die diesjährige Getreidebeschaffung, wenn auch keine ausgezeichnete, so doch im allgemeinen befriedigende Resultate zeitigen wird.

Der Nahrungungsminister spricht

(Fig. Drahtber.) Berlin, 1. März.

Als der Minister für Ernährung und Landwirtschaft, der Deutschnationale Schiele, gestern im Reichstag zu seinem Etat zu sprechen begann, rief ihm Genosse Torgler zu: Der Minister für Nahrungung der Arbeiterschaft Schiele benutzt seine Rede, um die Forderungen des Landbundes zu verkörpern und auf Kosten der arbeitenden Schichten die Notwendigkeit von Preisobergrenzen für landwirtschaftliche Produkte, die Erhöhung der Miete auf Lebensmittel und die Einschränkung ausländischer Lebensmittel anzukündigen. Er behauptet besonders die niedrigen Schweinepreise. Die Einfuhr an Fleisch und Lebensmittelfleisch müsse möglichst eingeengt werden. Er verweist auf das Notprogramm und auf die beabsichtigte ratenweise Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents. Die bisherigen Einfuhrerleichterungen sollen aufgehoben werden. Dreißig Millionen Mark sollen allein für die bessere Organisation der Marktverhältnisse für Vieh und Fleisch ausgeworfen werden. Die Nachkriegsverpflichtung der Landwirtschaft habe bis Herbst 1927 die erschreckende Höhe von 7 Milliarden erreicht. Das vorgesehene Hilfsprogramm werde die gegenwärtige landwirtschaftliche Krise nicht beseitigen, sondern nur mildern können. Schiele ist der Meinung, daß von den vier Milliarden, die im letzten Jahre für eingeführte ausländische Nahrungsmittel ausgegeben wurden, drei Milliarden der inländischen Erzeugung zugeführt werden könnten. Um das zu ermöglichen, verlangt er die Schaffung der erforderlichen Sicherheit durch eine planmäßige Handelspolitik, d. h. einen weiteren Ausbau der agrarischen Hochschule.

Tempel (Soj.) erklärt, der Landwirtschaft könne nur geholfen werden durch eine Stärkung der Kaufkraft der breiten Verbraucher-massen.

Jandrey (Deutshn.) verlangt Einschränkung und schließlich völlige Beseitigung der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch. Notwendig sei auch der Abbau der Einfuhr von Südsüßmilch und ausländischen Gemüsen. Er droht damit, daß die Bauern nach Berlin kommen werden, um zu demonstrieren.

Rehjes (Zentr.) erklärt das Notprogramm für notwendig. Die missbräuchliche Ausnutzung der Erwerbslosenversicherung müsse beseitigt werden.

Nachdem noch Jansen (Sozialpartei) in das großagrarisches Horn geblasen hatte, werden die Beratungen vertagt. In der weiteren Ruhe und Stille ausführlich auf das großagrarisches Notprogramm, den Etat des Nahrungungsministers und die Notlage der kleinen Bauern eingegangen.

Händliche Verschönerung des Liquidationsgesetzes

Berlin, 1. März. (Fig. Ber.) Nachdem bei der Beratung des § 3 des Kriegsschadensliquidationsgesetzes die Regierung ihre alten Sätze fallen ließ und die bereits geäußerten von uns erwähnten Sätze als das Höchstmaß des Zulässigen festlegte, jedoch an den weiteren Paragrafen dieses Gesetzes keine nennenswerten Änderungen zubilligen kann, könnten also die Verhandlungen im Ausschuss für Liquidationsschäden im Interesse der Geschädigten abgebrochen werden. Die Regierungsparteien wollen jedoch von einer Beseitigung der Debatte, die nach dem Vorhergehenden nur leeres Strohstreichen bedeutet, nichts wissen. Die Verhandlungen wurden also fortgesetzt mit der Beratung des § 4, der getrichen wurde. Der kommunistische Antrag, alle Schadensfälle bis zu 2000 Mark für Hausrat, Kleidungsstücke und Handwerkszeug, die voll entschädigt wurden, mit einer noch-maligen 50prozentigen Entschädigung zu berücksichtigen, da ja die Entschädigungen nicht unter Ausnutzung der Notlage der Geschädigten erfolgen, wurde gegen die Stimmen der U.S.D. abgelehnt. Abgelehnt wurden die Stimmen der Sozialdemokraten wurde ebenfalls der kommu-

nistische Antrag, der eine Neufestlegung der Schäden verlangt, in denen die Geschädigten zu einer Art Zwangsvergleich gezwungen wurden.

Fünf Liter Schnaps für jeden Aufrührer

Wie in Ostoberschlesien Wahlen gemacht werden

Kattowitz, 29. Februar. — In der Staatsberatung des schlesischen Sejms wandte sich der Abgeordnete Korsantj in schärfster Form gegen den Wojewoden. Dieser tue so, als ob unter seinen Regime für Schlesien das Paradies wiedergekehrt sei. Anstatt in der Staatsberatung dem Sejm Rede und Antwort zu stehen, reißt der Wojewode zur Stimmungsmache für seine Regierungslinie im Lande umher. Im Kreise Lublitz habe der Wojewode jedem Aufrührer fünf Liter Schnaps und noch ein Geldgeschenk zumachen lassen, damit die Presse wieder von einem begeisterten Wojewoden empfangen sprechen könne. Der schlesische Wojewode untergrabe geradezu die polnische Staatsautorität. Er müsse endlich verschwinden. Als Ersatz für wirtschaftliche Entschädigungen hätten die polnischen Wirtschaftsverbände der Regierung drei Millionen Zloty Wahlgelder geschenkt. Der berg- und hüttenmännische Verein in Kattowitz habe davon 500 000 Zloty für die schlesische Wahlpropaganda gegeben. Von den Wirtschaftsverbänden habe die Regierung zuerst sogar 10 Millionen Zloty verlangt. Ein obereschlesischer Generaldirektor habe den Wojewoden zur persönlichen Agitation allein 100 000 Zloty gegeben.

Vom Tage

Der Leiter der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Dr. Dierkes, ist von Warschau nach Berlin zurückgekehrt.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtags wurde von Deutschnationalen, der Volkspartei, der Wirtschaftspartei und dem Zentrum ein Antrag gegen den Intendanten Jesner des Staatstheaters angenommen.

Nunmehr wird, zur Enttäuschung der Interessenten, amtlich mitgeteilt, daß Ammannich keine Orden zu verteilen gedenkt.

Zum zehnjährigen Bestehen der Korruptionszentrale für Heimatsdienst fanden Sindenburg und der Reichskanzler Glückwunschtelegramme.

Der Volksrechtspartei des bekannten Dr. West hat sich auch der bisherige Zentrumabgeordnete Dr. Koch angeschlossen. Die Partei soll die empörten Inflationsschädigten dem bürgerlichen Lager erhalten.

Im Mecklenburg-Strelitzschen Landtag ist eine parlamentarische Mehrheit zu irgendeiner Regierung erreicht.

Die Ernennung des Sir Horace Rumboldts zum britischen Botschafter in Berlin wurde gestern bestätigt.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat vorgestern endgültig das Gesetz zur Freigabe des während des Krieges beschlagnahmten deutschen Eigentums angenommen.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

Und die Szene tauchte wiederum vor ihm auf. Er sah die zwei ersten und verständigen Verräte wieder und erblickte auch Beauclair, der lächelte, während seine Kollegen ihre gleichlautenden Zeugnisse verlasen. Sollte er die letzteren wortlos machen, indem er jene andere Diagnose bekanntgab, welche die Heilungen auf wissenschaftlichem Wege zu erklären gestattet? Das Wunder war vorhergesagt und dadurch im Voraus gesichert worden.

„Sie werden bemerken, meine Herren,“ fuhr Doktor Bonamy fort, „daß die Anwesenheit des Herrn Abbé diesen Umständen eine neue Beweiskraft verleiht. . . Das Fräulein wird uns nun recht genau sagen, was es empfunden hat.“

Er bogen sich über die Schulter des Vater Dargelès und empfahl ihm, nicht zu verzagen, daß er Pierre in der Erklärung eine Zeugniss anzeige.

„Mein Gott! Sie soll ich Ihnen das sagen, meine Herren?“ rief Marie anher Atem, mit vor Glück erschütterter Stimme. „Ich hatte seit gestern die Gewißheit, daß ich geheilt würde. Trotzdem fürchtete ich noch in dieser Stunde, als meine Beine von einem Bräutlein ergriffen wurden, es möchte eine neue Krise eintreten. Ich zweifelte einen Augenblick — da hörte das Bräutlein auf. Sobald ich mich wieder ins Gebet versetzt hatte, begann es aus neuem — O, ich bete und bete von ganzer Seele! Ich gab mich schließlich hin wie zu einem Heiligen Jungfrau! Unsere Liebe Frau von Lourdes, mache mit mir, was Du willst! — Das Bräutlein ließ nicht mehr nach, mein Hals schien zu lodern, und eine Stimme rief zu mir: „Sieh auf! Sieh auf!“ Ich empfand das Wunder in einem lauten Krachen aller meiner Knochen an meinem Körper, wie wenn ich vom Blitz getroffen worden wäre.“

Pierre hörte ganz blaß zu. Beauclair hatte ihm deutlich gesagt, daß die Heilung wie ein Blitzstrahl eintreten würde, wenn unter dem wirksamsten Einfluß der überreichten Einbildungskraft ein jähes Erwachen des seit so langer Zeit eingeschlossenen Willens sich in ihr vollzöge.

„Hört hat die heilige Jungfrau meine Beine von ihren Fesseln befreit.“ fuhr sie fort. „Ich hatte die ganz deutliche Empfindung, allmählich fortwährende Bewegung vorliegt; die Gesundheit hat sich

das die eiserne Bande, welche sie umschlangen, längs der Haut hinabglitten, gleich zerbrochenen Ketten. . . Dann fiel die Last, die mich da, in der linken Seite, stets bis zum Erücken belästigte, in die Höhe und sie brach mich daran, daß ich glaubte ich stürbe. Aber sie fiel immer höher, über meine Brust und meinen Hals hinauf; ich hatte sie im Mund und spie sie mit ungepaußter Gewalt von mir. . . Damit war es zu Ende. Ich hatte keine Leiden mehr, es war wie davongeflogen!“

Robota hatte die Erzählung mit verwunderten Augen und der Verzückung eines Fremden von beschränktem Geist vernommen, der sich vom Gedanken an die Hölle heimgesucht wird.

„Der Teufel hat sie ausgespien,“ rief er, „den Teufel!“

Der verständigere Doktor Bonamy legte ihm aber Schweigen auf und sagte, daß die Verräte nach:

„Meine Herren! Sie wissen, daß wir es jetzt vermeiden, hier das große Wort „Wunder“ auszusprechen. Allein wir haben eine Tatsache vor uns, und ich bin neugierig zu erfahren, wie Sie dieselbe auf naturwissenschaftlichem Wege erklären wollen. . . Das Fräulein war sieben Jahre lang von einer schweren Lähmung befallen, die augenscheinlich durch eine Verletzung des Marcs verursacht wurde. Die Kranke konnte weder gehen, noch sonst auch nur eine Bewegung machen, ohne in Wehklagen auszubrechen; sie war bei jeder äußersten Erschütterung angelangt, die Luft vor dem schmerzlichen Ausbruch einer Krampfkrise einzutreten pflegt. . . Da sehen Sie dieselbe mit einemmal aufstehen, ausgehen, lachen und küssen. Die Lähmung ist vollständig verschwunden, und nicht der geringste Schmerz ist davon übrig geblieben. Sie befindet sich gerade so wohl wie Sie und ich. — Nun denn, meine Herren! Erläutern Sie mir, unterzucht Sie sie, und sagen Sie mir, was vorgegangen ist!“

Er triumphierte. Keiner von den Verräten ergriff das Wort. Zwei davon hielten ihm mit einem kräftigen Kopfnicken zu; sie waren ohne Zweifel gläubige Katholiken. Die anderen blieben unbeweglich und zeigten eine verlegene Miene, da sie wenig Lust hatten, sich in die Geschichte einzulassen. Gleichwohl erhob sich endlich ein kleiner, magerer Herr, dessen Augen hinter Brillengläser leuchteten, um Marie etwas in der Nähe zu sehen. Er ergriff ihre Hände, betastete ihre Augenlider und schien sich einzig mit der Miene der Verklärung, die über sie angedrungen war, zu beschäftigen. Dann legte er, ohne den Fall selbst erwähnen zu wollen, sehr höflich zu seinem Sitz zurück.

„Der Fall entspricht der Wissenschaft; das ist alles, was ich konstatieren.“ schloß schließlich Doktor Bonamy. „Ich frage bei, daß hier keine allmählich fortwährende Bewegung vorliegt; die Gesundheit hat sich

viele mehr voll und ganz auf einmal wieder hergestellt. . . Sehen Sie das Fräulein an. Der Blick glänzt, die Gesichtsfarbe ist rosig, die Physiognomie hat ihre lebhafteste Heiterkeit wiedergefunden. Die Wiederherstellung der Gewebe wird ohne Zweifel etwas langsam ihren Fortgang nehmen; aber schon jetzt kann man sagen, daß das Fräulein zu einem neuen Leben wiedergeboren wurde. . . Nicht wahr, Herr Abbé, Sie, der Sie die Dame so oft sehen, können Sie nicht mehr?“

Pierre antwortete stammelnd: „Das ist wahr. . . das ist wahr. . .“

In der Tat erschien sie ihm so kräftig, die Wangen waren voll und frisch und von freudiger Blüte. Aber wiederum mußte er sich sagen, daß Beauclair diesen plötzlichen Aufstehungshymnus, die Wiederanfrischung und glänzende Wiederherstellung des ganzen gebrochenen Leibes vorausgesehen und für den Zeitpunkt vorausgesagt hatte, in dem das Leben in den Körper zurückkehrte und mit ihm der feste Wille zu gehen und glücklich zu werden.

Doktor Bonamy hatte sich wieder über die Schulter des Vaters Dargelès gebeugt, der seine Notiz, die ein vollständiges kleines Protokoll bildete, fertig schrieb. Beide tauschten einige halb-rote Worte aus. Sie berieten sich, und der Doktor fuhr endlich fort: „Herr Abbé! Sie waren dabei, als sich diese Wunderdinge ereigneten und werden es uns nicht abschlagen, den ganzen genauen Bericht, den der ehrwürdige Vater für das „Journal de la Grotte“ verfaßt hat, mit Ihrer Unterschrift zu versehen.“

Er sollte diesen Bericht voll Irrtum und Trug unterzeichnen! Eine Empörung stieg in ihm auf, und er stand auf dem Punkt, die Wahrheit laut zu bekennen. Allein er spürte auf seinen Schultern die Last der Eutane, und namentlich erfüllte die göttliche Freude Mariens sein Herz. Er fühlte sich von einem so großen Glück durchdrungen, sie gerettet zu sehen! Seit man sie nicht mehr befragte, hatte sie sich auf seinen Arm gestützt und lächelte ihm mit freudemannten Augen fortwährend zu.

O mein Freund,“ sagte sie ganz leise, „danken Sie der heiligen Jungfrau. Sie ist so gütig gewesen. Wie bin ich jetzt so gesund, so schön und jung! — Und mein Vater, mein armer Vater, wie mich bei sich freuen!“

Da unterzeichnet denn Pierre. In seinem Innern fürzte alles in Trümmern; aber es genügt, daß sie gerettet war. Er würde es für einen Gottesraub angesehen haben, wenn er an dem Glauben dieses Kindes, dem reinen, erhabenen Glauben gerührt hätte, der seine Genesung bewirkt hatte.

(Fortsetzung folgt)

Oberschlesien

Kommunistische Anfrage im Hindenburger Stadtparlament

Die Kommunisten als die Vertreter aller wertvollen Schichten in Hindenburg

Die nächste Stadtverordnetenversammlung in Hindenburg wird sich mit den Anträgen der kommunistischen Stadtverordnetenfaktion zu beschäftigen haben, die die Interessen aller Wertvollen betreffen. Auch soll die neue Besoldungsordnung für die Beamten der Stadt Hindenburg beschlossen werden. Die Kommunisten haben hierzu eine Besoldungsordnung eingebracht, die wirklich eine Besserung der Lage der kleinen und mittleren Beamten sichert. Die Beratungen im Lohn- und Gehalt, wie im Vorbereitungsausschuss haben gezeigt, daß die Parteien vom Bild der Umverteilung (Vertreter der Schwerindustrie) bis zu den Sozialdemokraten für die kleinen und mittleren Beamten nichts übrig haben, auf der anderen Seite aber der hohen Verwaltungsbürokratie Jahresgehälter bis zu 24 000 Mark genehmigen.

Einige Anträge bringen wir nachstehend:

Belassung des Hauszinssteuerauskommens zur Belämpfung der Wohnungsnot

Die kommunistische Stadtverordnetenfaktion beantragt, folgende Entschließung anzunehmen und der preussischen Regierung zu übermitteln:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht die preussische Regierung, der Stadt Hindenburg die vollen Beiträge aus dem Hauszinssteuerauskommen zu überlassen. Es ist der Stadt Hindenburg infolge der hier herrschenden außerordentlich großen Wohnungsnot unumgänglich, die notwendigsten Maßnahmen zur Beseitigung derselben zu treffen, wenn nur ein Bruchteil der Gelder, die aus der Hauszinssteuer zur Verfügung stehen, wieder in die Kasse der Stadt zurückfließen.“

*

Ger mit der Wohnungsluzussteuer

Die kommunistische Fraktion beantragt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Einführung einer Wohnungsluzussteuer zur Stärkung des Wohnungsbaufonds.

a) Unter die Besteuerung fallen alle diejenigen Mieter, die im Besitz einer Wohnung von fünf Zimmern und darüber hinaus sind.

b) Die Steuer ist nach Wohnungsgröße und Einkommen gestaffelt zu erheben.

*

Für die Arbeitslosen

Die kommunistische Fraktion beantragt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird ersucht, den Arbeitslosen folgende Sachleistungen zu gewähren:

1. Schuhbesorgung für alle Arbeitslosen und deren Angehörige.
2. Gewährung von kostenlosen Kleidung für alle langfristigen Erwerbslosen und deren Angehörige.
3. Regelmäßige Abgabe von Gutscheinen an alle Erwerbslosen zum Empfang von Kohlen sowie zur Lieferung von Milch für die Kinder der Arbeitslosen.
4. Niedererschlagung aller aus Wohlfahrtsmitteln gewährten Unterstützungen.

*

2000 Schulkinder aus Land

Die kommunistische Fraktion beantragt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird ersucht, im Sommer dieses Jahres eine großzügige Verschickung von Schulkindern in Erholungsheime durchzuführen. Die Vorbereitungen sind durch das Wohlfahrtsamt rechtzeitig zu treffen.

1. Mindestens 2000 Schulkinder sind auf mehrere Wochen in Erholungsheime zu verschicken.
2. Welche Kinderheime hierbei in Frage kommen, beschließt der Verwaltungsausschuss des Jugendamts.
- 3 a) Die gesamten Kosten für die Verschickung erholungsbedürftiger Kinder übernimmt die Kommune;
- b) Die Unterhaltungspflichtigen sind nur dann heranzuziehen, wenn das Gesamteinkommen 300 Mark monatlich übersteigt.
4. Die Mittel für die Verschickung von 2000 Schulkindern sind in den Etat für das Jahr 1928 einzusetzen.

Hindenburg

Drei Opfer des Kapitals

Der Oberhauer Johann Lufschel aus Hindenburg geriet auf der Concorbia-Grube beim Ausschlagen von Köhren unter Tage zwischen die Schale, wurde von dieser erfasst und totgebrückt.

Auf der Königin-Luise-Grube wurde der Fördermann Alfred Tichant aus dem Stadtteil Biskuply von Kohlenmassen verschüttet und sofort getötet.

Der Fördermann Theodor Mundzil aus dem Stadtteil Zaborze wurde auf derselben Grube von zwei Förderwagen gepuffert. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, dem er kurz nach seiner Einlieferung in das Knappschafts-Krankenhaus starb.

Einsturz der neuen Turbinen in der DGM. Sonntag früh kurz vor 8 Uhr stürzte in dem ober-schlesischen Elektrizitätswerk im Stadtteil Zaborze die neuverbaute Turbine, die in Kürze in Betrieb genommen werden sollte, plötzlich in sich zusammen. Es war die größte der 15 Turbinen, aber die das in letzter Zeit ungemein technisch vervollkommnete Werk verfügt. Da das Unglück, dessen Entstehungsbursache erst noch ermittelt werden muß, sich an einem Sonntag ereignete, ist erfreulicherweise kein Menschenleben zu Schaden gekommen. Der Einsturz verursachte ein mehrhin verheerendes Getöse.

Oppeln

Förderkurse für Arbeitslose

Vom Arbeitsamt der Stadt laufen wieder Kurse zur Fortbildung arbeitsloser Handwerker (Schlosser und Tischler). Die Schlosser lernen unter theoretischer Leitung des Direktors der Gewerkschule in der zwar lehrlingsberechtigten Werkstatt von Roedel und Bagel schweißen. Täglich, außer Sonnabends, müssen die Erwerbslosen drei Stunden an dem Kursus teilnehmen.

Es ist ganz schön, daß das Arbeitsamt den Arbeitslosen Fortbildungsmöglichkeiten gibt, aber was nützt die Fortbildung, wenn es dann keine Arbeit gibt als höchstens Kostianarbeit mit der Schippe.

Ergebnis der Betriebsräteahlen im Bereich der Abt. Oppeln

Die den Eisenbahnern vorzeitig und rechtswidrig aufgetragenen Betriebsräteahlen fanden am 25. und 26. Februar statt. Die christlichen Gewerkschaften, welche durch ihren Kollegen, Betriebsminister Koch, dieses die Arbeiterkraft noch mehr entrechtende Schandstück fertigbrachten und einen schmutzigen Wahlkampf führten, sind doch nicht auf ihre Kosten gekommen. Das Ergebnis, an dem zwar noch drei kleine Dienststellen ausstehen, ist folgendes:

	1928	1927
Einheitsverband (freie Gewerkschaft)	2268	4523
UeG. (christliche Gewerkschaft)	736	1300
ABE. (gelbe Gewerkschaft)	165	226
Industrieverband	—	39

Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt in diesem Jahr 4900 gegenüber 6800 im Vorjahre.

Von der Starkstromleitung verbrannt. Bei dem neuen Eisenbahnbrückenbau kam der dort beschäftigte Göbel mit einer Starkstromleitung in Berührung. Er erlitt hierbei Verbrennungen und einen Nervenschlag. Der Verunglückte wurde sofort von der Sanitätskommission nach seiner Wohnung geschafft.

Gemeiner Diebstahl von Arbeitereigentum. Aus der Badeanstalt der Freien Turnerstaffel wurde dieser Tage das Rettungsbrett gestohlen. Das Boot lag fünf Meter am Lande und war durch eine Kette festgemacht. Die Kette wurde gesprengt. Der Täter ist noch unbekannt. Das Boot ist eine der üblichen Schifferfähnen und grauestrichen. Wir ersuchen alle Arbeiter, ein scharfes Auge zu haben und uns eventuell Mitteilungen über den Verbleib des Arbeitereigentums zu machen.

Bei einem Zusammenstoß mit dem Fahrrad verunglückte der Maurer P. Pitsch und zog sich eine Gehirnerschütterung und einen rechten Schulterblattbruch zu, so daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus erfolgen mußte. — Einen weiteren Unglücksfall erlitt der Regierungsrat Rudolf aus Oppeln, der beim Eisfahren im Gebirge verunglückte und sich einen Bruch des Wadenbeines zuzog.

Ost-Oberschlesien

Töblicher Unfall. In Janow, Kreis Ratiboritz, ist ein Arbeiter aus Gieschewald von einem Personenkraftwagen überfahren worden. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Schuld an dem tödlichen Unglücksfall trifft den Führer des Kraftwagens, der die zulässige Geschwindigkeit weit überschritten und die gebotene Vorsicht völlig außer acht gelassen hat.

30 Kontrollbeamte für die Betriebe des Harriman-Kongerns? Wie die „Gazeta Robotnicza“ in ihrer Ausgabe vom 23. Februar meldet, werden im Laufe des nächsten Monats 30 amerikanische Kontrollbeamte beim Harriman-Kongern eingestellt werden. Das Blatt bemerkt ausdrücklich, daß ihm diese Nachricht von ganz zuverlässiger Seite zugegangen sei.

Versammlungska...

Sonstige Organisationen

Gleiwitz, Verband für Freireitertum und Feuerbekämpfung. Sonnabend, 3. März, 20 Uhr Diskussionsabend im Lokal zum „Grünen Molke“, Bahnhofstraße 34. Gäste willkommen.

Restaurant Spruch
Hindenburg O. S.
Kronprinzenstraße 147
Jeden Sonnabend u. Sonntag
musikalische Unterhaltungen

Inserate
haben in
unserer Zeitung
**guten
Erfolg**

Möbel
Herst aus eigener Werkstatt / daher gut und billig
Joachimski * Zaborza

**Waschmaschinen
Wringmaschinen**
nur bewährte Systeme
Auf Wunsch Zahlungs- Ermäßigung
Koppel & Taterka
Beuthen O. S. Hindenburg
Piekarer Straße 2 | Kronprinzenstraße 127
Telephon 2045 2049 3001 | Telephon Nr. 3190

Die Spaltungspolitik der Reformisten

Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Gleiwitz

Am Sonntag, dem 26. Februar, tagte in Gleiwitz die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes. Das „Vollblatt“ führt den guten Besuch auf die Gehe der Kommunisten zurück, setzt man für Gehe „revolutionäre Gewerkschaftsarbeit“, so wird dadurch bestätigt, daß nur durch diese Arbeit der gute Besuch erzielt wurde. Wir werden den Reformisten bei der nächsten Gelegenheit, wenn man den schlechten Besuch auf die „Gehe“ der Kommunisten zurückführen wird, an die Feststellung im „Vollblatt“ erinnern.

Die Ortsverwaltung war von ihrer guten Gewerkschaftsarbeit so überzeugt, daß sie die Generalversammlung durch Ausschlußverfahren gegen vier Kollegen der Opposition vorbereitete. Das Statut existiert in solch einem Falle, wo es um die Positionen der SPD-Führer geht, nicht. Obwohl einwandfrei nachgewiesen wurde, daß das Verfahren statutenwidrig sei, und die Kollegen den Zutritt der vier Kollegen verlangten, schrien sich die Sghuda, Karger, Nowak rüchichtslos darüber hinweg. Der Verlauf der Generalversammlung zeigte die ganze Hilflosigkeit und Unfähigkeit der Reformisten. Im November, bei den Verhandlungen um den Manteltarif, wick man einer klaren Stellungnahme aus und vertröstete auf den 1. Januar, weil dann sowieso der Kampf um die Achtstundenschicht geführt werden müßte. Am 1. Januar kapitulierte man „siegreich“ vor dem Spruch des Reichsarbeitsministers und versprach, den Kampf zum 1. April aufzunehmen. Jetzt, einen Monat vor dem 1. April, tagt eine gutbesuchte Generalversammlung, und da hat man weiter nichts zu sagen, als festzustellen, daß die Metallarbeiter noch nicht zu 100 Prozent organisiert sind. Hier zeigt sich die Hebelstrategie im vollen Umfang. Der Verband ist nach Auffassung von Sghuda und Karger nur ein Verhandlungsinstrument. Sind die Kämpfe in weiter Ferne, dann brüht man radikale Phrasen. Je näher aber die Entscheidungstage kommen, um so klarer und offener zeigen sie ihr wahres Gesicht. Wollte man warten auf eine hundertprozentige Organisation, dann könnte die Arbeiterschaft bei Hungerlöhnen verrecken. Die Ergebnisse der letzten Zeit zeigen, daß es möglich ist, Kämpfe beim jetzigen Stand der Gewerkschaften sehr gut zu führen. Vorbedingung für einen siegreichen Erfolg ist, jede Rücksicht auf den kapitalistischen Staat und die kapitalistische Wirtschaft fallen zu lassen und die Macht der Arbeiterschaft im vollen Umfang entscheiden zu lassen. Anstatt dessen führt man sich dem Diktat des Kapitals und vertröstet auf die kommenden Wahlen. Den Arbeitern wird dadurch die Illusion erweckt, daß bei einem Sieg der Sozialdemokratischen Partei ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen gebessert werden. In Wirklichkeit handelt es sich um einen parlamentarischen Betrug, um den SPD-Führern Ministerposten zu verschaffen. Daß die sozialdemokratischen Führer an eine Aenderung der Verhältnisse nicht denken, beweist Hamburg; dort besteht eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit, trotzdem betreibt die SPD Koalitions-politik mit den bürgerlichen Parteien.

Der kritische Bericht im „Vollblatt“ stellt fest: „Von den 476 getätigten Neuaufnahmen des vergangenen Jahres haben die Reformisten 425 und die Opposition nur 51 gebracht“. Obwohl sich die Dinge umgekehrt verhalten, bestätigt es doch, daß die Opposition für den Verband arbeitet.

Zur Wahl der Ortsverwaltung wurden Stimmzettel mit den Namen der reformistischen Vorschläge verteilt, was einer Wahlbeeinflussung gleichkommt. Doch alle Mittel sind den Reformisten recht. Trotz all den Maßnahmen zeigte sich ein Anwachsen der Opposition. Für die Reformisten wurden 151 Stimmen, für die Opposition 88 Stimmen abgegeben. Gerade die letzte Generalversammlung wird dazu beitragen, daß die Mitglieder des DMB das verbandsschädigende Erbe der Sghuda und Genossen erkennen und die Reihen der Opposition stärken werden.

Nowak und Karger haben der Generalversammlung erklärt, daß das Ausschlußverfahren ordnungsgemäß eingeleitet ist. Diese Erklärung war ein kühnster Betrug der Generalversammlung. Die

durch ihre Fernhaltung mundtot gemachten Kollegen wurden durch die Opposition durch das Verteilen folgender Erklärung verteidigt, worüber sich Karger in der Versammlung künstlich aufregte:

An die Mitglieder des DMB Gleiwitz
Werte Kollegen! Sghuda und Genossen, die im letzten Jahre ihre Unfähigkeit bewiesen haben, die Interessen der Metallarbeiter wahrzunehmen, haben durch einen statutenwidrigen Willkürakt langjährigen Verbandsmitgliedern Rechte und Pflichten aberkannt, um sie von der Teilnahme an der Generalversammlung auszuschalten. Mit solchen verwerflichen Methoden wollen sie den Verband weiter im Interesse der reformistisch-sozialdemokratischen Politik ausnutzen. Das Statut unseres Verbandes existiert für Sghuda und Genossen nicht.

Paragrah 23 besagt:
„Jedem Antrag auf Ausschließung eines Mitgliedes aus dem Verbands ist die genaue Bezeichnung der Beweismittel beizufügen. ... Bevor die Eröffnung des Verfahrens auf Ausschließung beschlossen wird, ist dem beschuldigten Mitglied durch Mitteilung der Beschuldigungen Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben.“

Die Ortsverwaltung dagegen teilt die Beschuldigungen ohne Angabe der Beweismittel mit und erklärt gleichzeitig, daß das Ausschlußverfahren eröffnet sei und Rechte und Pflichten ruhen. Also, bevor die Rechtfertigung erfolgen konnte, wurden, entgegen dem Statut, Rechte und Pflichten aberkannt.

Als Grund wird bei den Kollegen Glogau und Balczuch die Einbringung einer Resolution angegeben, für die die gesamten Mitglieder, einschließlich Sghuda, gestimmt haben. Auch die anderen Beschuldigungen sind allgemeine Redensarten, so daß eine Rechtfertigung unmöglich war.

Gegen die Form des Ausschlußverfahrens wurde beim Hauptvorstand Beschwerde erhoben. Paragrah 24 besagt:

„Beschwerden sind schriftlich bei der zuständigen Verbandsstelle anzubringen. Die zuständigen Verbandsstellen sind verpflichtet, bei ihnen eingehende Beschwerden sofort an den Vorstand weiterzubefördern.“

Sghuda weigerte sich trotzdem, eingereichte Beschwerden an den Hauptvorstand weiterzubefördern. Die Ortsverwaltung hat einen Beschluß gefaßt, daß vor der Generalversammlung keine neuen Mitglieder aufgenommen werden dürfen. Also, in der Zeit, wo die Metallarbeiterkraft vor Wirtschaftskämpfen steht, wird den Metallarbeitern der Weg zum Verbands gesperrt. Was geschieht aber gegen diese verbandsschädigende Handlung?

Im Hegenheidi-Berk haben die Mitglieder mit Stimmenermehrheit über die Zusammensetzung der Betriebsratsliste beschloßen. Die Minderheit pfiff auf den Beschluß der Mehrheit und reichte eine eigene Liste ein. Diese Handlung ist ein Verstoß gegen den Beschluß des Kasseler Verbandstages, trotzdem dürfen diese Kollegen an der Generalversammlung teilnehmen, obwohl ein Ausschlußverfahren gegen sie gestellt ist. In der letzten Mitgliederversammlung wurden Maßnahmen zur Vorbereitung der Wirtschaftskämpfe beschloßen, auch ein Antrag auf Verzichtserklärung über Sowjetrußland wurde angenommen. Die Ortsverwaltung pfeift auch ihrerseits auf die Beschlüsse der Mitglieder. Den Kollegen, denen zu Unrecht Rechte und Pflichten aberkannt wurden, verweigerte man heute den Zutritt zur Generalversammlung und drohte mit der bürgerlichen Klassenjustiz.

Kollegen! Diese Maßnahmen laufen darauf hinaus, den Kampfwillen der Metallarbeiter für die kommenden Wirtschaftskämpfe zu brechen. Duldet nicht, daß eure Rechte, euer Bestimmungsrecht, mit Füßen getreten werden.

Protestiert einheitlich gegen den Ausschluß von verdienstvollen Kollegen! — Ginein in den DMB — Stärkt die Opposition! Wählt oppositionelle Kollegen in die Ortsverwaltung!

Die Kollegen der Opposition

Vereinigte Theater Breslau

Sobe-Theater
Donnerstag, den 1. 3. und
Freitag, d. 2. 3.
täglich 20 Uhr
Gastspiel Rütbe Dorisch
mit eigenem Ensemble
„Pygmalion“
Sonnabend, den 3. 3.
Gastspiel Rütbe Dorisch
mit eigenem Ensemble
„Das Unerreichbare“

Thalia-Theater
Von Sonntag, den 26. 2.
bis Sonnabend, den 3. 3.
täglich 20 Uhr
„Krämerballade“

Stadttheater Breslau (Opernhaus)

Donnerstag, 1. März, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie E 14
Die ungütigen Weiber von Windsor
Freitag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie C 14
Das Wunder der Gelane
Sonnabend, 19 Uhr
Kammbücher

Schauspielhaus Breslau

Operettenbühne
Tel. Stephan 38.900

Täglich 20 Uhr

Sämtliche Zutaten z. Hausbäckerei
zu haben bei Richard Hundt
Deutsch-Lissa-Siedlung
Bäckerei und Kolonialwaren

Carl Bräuers Festsäle
Gablitzstrasse 22
Jeden Donnerstag und Sonntag
Großer Ball

„Der
Zare-
witsch“

Eltern, Erzieher!

bewacht das Erwachen Eurer Jugend

Klärt Eure Kinder auf, ehe das harte Schicksal
mit unerbittl. ch. Macht in ihr zartes Leben greift
Vom 28. Februar bis 5. März 1928
Die aufsehenerregendste Uraufführung:

„Vom Leben getötet“

Der unerhörte Jugendprozeß aus unseren
Tagen, der in Bildern die

Bekanntnisse einer 16-jährigen
schildert und dessen Titel nahezu in allen
Tagezeitungen durch den

Kolomak-Prozess

behandelt wurde. Klärt Eure Kinder auf
und wachet über ihre Jugend, damit Euch
das Leben viel Leid erspart

Ein Mahnruf an Eltern u. Erzieher!

Nur für Erwachsene über 18 Jahre

Jeder sollte diesen Film sehen!

**Hierzu das interessante, lustige
und aktuelle Beiprogramm**

Täglich 5, 7 u. 9 Uhr Sonntags ab 3 Uhr

Promenaden-Theater

Promenade Domlnkanerplatz

Unsere billigen Lebensmitteltage

von Donnerst., d. 1. 3. bis Sonnab., d. 3. 3. 1928

schlagen jede
Konkurrenz!

Wiener Weizenmehl	1 Pfund nur	25,-
Kaiser Auszugmehl	1 Pfund nur	25,-
Kartoffelmehl	1 Pfund nur	30,-
Vollreis	1 Pfund nur	21,-
Glacéreis, Tafelreis	1 Pfund nur	27,-
Geschälte Erbsen	1 Pfund nur	33,-
Viktorias-Erbsen	1 Pfund nur	28,-
Erbsen	1 Pfund nur	28,-
Grosse Linsen	1 Pfund nur	27,-
Weisse Bohnen	1 Pfund nur	20,-
Eierschwammeln	1 Pfund nur	50,-
Gerstentorte	1 Pfund nur	22,-

nur in den

Mühlenniederlagen

d. Waren-Vertr.- u. Emk.-GmbH.

Bismarckstr. 37 Lokalstr. 57
Friedrichstr. 13 Marktstr. 113
Br. Kochener Str. 81 Sch. Hügel Str. 59
Lohmstr. 77 Tauschstr. 23
Hochstr. 58/59, Ecke Lohmstr.

Werbi neue
Abonnenten!

Naumann
Alleinverkauf
Alfred Schlesinger
Breslau, Schmiedebrücke 13
Denkbar günstige Teilzahlung
Eigene Reparatur-Werkstatt
Dauernde
Stickschule

Möbel
Küchen, kompl., 7-tlg. von 20.- Mk. an
-chränke, pol., 2-tlgig von 60.- Mk. an
Ausziehtische von 30.- Mk. an
Polierte Stühle von 150 Mk. an
Frei w. Schlaf-, Herren- u. Spelzstühle
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auflege-
mstratzen u. alle Art. Einzel- u. Kleinstück
Blener & Dührig
Sohle u. weiche Möbel / zu besch., zu vers.
Pilsenerstr. 107 u. Weidenbergweg 18/20

**Metallbestellen
Matratzen
Steppdecken**
Silesia-Matratzen-Fabrik
Verkaufsstelle
Kupfersteinweg 44 Ecke Schuhbrücke

Nur Freitag, d. 2. März
Bietet im Hauptgeschäft u. Hand. Filialen
ein Ausnahmefest
in unserer beliebten
**1a Sorte
Knoblauchwurst**
2 Pfund 1 Mk., 1,50 Mk.
Rudolf Dietrich
Fleisch- und Wurstwaren
Hauptgeschäft: Ohlauer Str. 30
Telephon Ring 650, 1673, 3095
Filialen: Gartenstr. 81, Gartenstr. 79, Schmiede-
brücke 5, Silesier 11, Koller-Hühner-Str 117

Nicht im Lombard verfallene
wirklich gute
Lederjacken
Schuhe, Stiefel, Wäcker, Wind-
jacken, kauft man billiger als an
Versteigerungen im
Lombardhaus, Silesierpl. 3 4

RFB. u. Partei-Lokal
Gasthaus „Zur Lindenblüte“
Anton Zoudlick
Breslau, Königsberger Straße 10

Nur
Qualitätsware
kaufen Sie
sehr preiswert im
Schuhhaus
Lewkowitz
Breslau, Scheiniger Str. 25

Oskar Baum
Breslau, Sternstrasse Nr. 77
Ecke Hedwigstrasse
Wäsche, Schürzen u. Kleider

Seefische!
Volksnahrung
Donnerstag / Freitag
besonders billig
Blutfrische
Grüne Heringe, Pfund nur 17,-
Sardinen o. Kopf, Pfund nur 23,-
Kabeljau „ „ Pfund nur 20,-
Weiße Koteletts, Pfund nur 65,-
Prachtvolle
fleischige **Ostsee-32**
Schollen Pfund nur
Fern. in besond. strammen Packungen
alle Dosen über 2 Pfund schwer:
Del. Bratheringe, Dos. nur 32,-
Rollmops
Bismarkheringe } Dose 90,-
Sardinen i. Essig } n u r
Hering in Gelee }
Wieder eine Partie
Pommersche
Speckfundern 19,-
1/4 Pfund nur
in der
Nordsee

Rudolf Petersdorff

BRESLAU - OHLAUERSTRASSE - SCHUHBRÜCKE

Der grosse Umbau- Werbe- Verkauf

die letzte Sonderveranstaltung
vor Eröffnung des neuen Hauses!

Die riesige Auswahl ist durch den
Eingang der Frühjahrs-Neuheiten
noch verstärkt

Vieles ist verbilligt!

Sie werden diese Tatsache selbst
feststellen, wenn Sie die Angebote
prüfen.

**Die Einkaufsvorteile
sind enorm!**

Nach dieser Erklärung bedarf es
keiner Preis-Beispiele in der üb-
lichen Inseratenform

Beginn: Donnerstag 1. März

Bohrner Str. 2, Schmiedebrücke 1
rechts v. Ring aus), Neue Schweid-
nitzer Str. 5 a, Anderssenstraße 2

Der Wirtschaftsminister kapituliert vor dem Eisenwucher

Eine wichtige Lehre für die Arbeiterschaft

Die Eisenkapitalisten, ob Schwerkmetallindustrie oder Metallverarbeitende Industrie, sind die lautesten Schreier gegen die „untragbaren“ Löhne der Arbeiter. Sie führen das große Wort bei den Ausperrungsandrohungen gegen die Arbeiter. Sie bestimmen es, daß die Werkzeugmacher keinen Pfennig Lohnerhöhung bekommen sollen, daß zu ihrer Niederknuppelung 60 000 Berliner Metallarbeiter und -arbeiterinnen auf die Straße fliegen sollen.

Gerade in diesem Augenblick, wo die Schürmacher des Metallkapitals sich nicht laut genug über die Begehrlichkeit der Arbeiter enträsten können, kommt die bezeichnende Nachricht, daß sowohl der Reichswirtschaftsminister Curtius wie die metallverarbeitende Industrie vor dem Preiswucher der Schwerkmetallindustrie die Segel gestrichen haben.

Zum 1. Januar hat, unter dem Vorwand, daß der nicht durchgeführte Währungsreform für die Gütenarbeiter die Selbstkosten verteuere, das Schwerkmetallkapital seine Preise um 8 bis 10 Prozent erhöht. Dagegen hatte die metallverarbeitende Industrie Protest eingelegt. Dagegen hatte der Reichswirtschaftsminister Curtius Einwendungen erhoben. Nicht etwa, daß der Reichswirtschaftsminister des Bürgerblocks damals gefordert hätte, daß die über seinen Kopf hinweg vorgenommene Eisenpreiserhöhung rückgängig gemacht würde; eine solche Kühnheit bringt der Wirtschaftsminister des Bürgerblocks seinen wahren Auftraggebern, den Herren vom Trußkapital gegenüber, nicht auf. Er hatte vielmehr sich damit begnügt, auf Grund der Kartellordnung zu verfügen, daß in Zukunft die Herren Eisenkapitalisten ihn vorher von jeder Preiserhöhung zu unterrichten hätten. Dieses Warnungssignal hat Curtius jetzt, wie es in der bürgerlichen Presse so schön heißt, eingezogen; angeblich, weil er in Verhandlungen mit den Konzernmagnaten einen gewissen Erfolg davongetragen habe.

Wie sieht dieser Erfolg aus? Die Eisenkapitalisten haben sich gewiß verpflichtet, in Zukunft dem Reichswirtschaftsminister ihre Preiserhöhungspläne mitzuteilen und seine Einwendungen anzuhören. Ob sie auch seine Einwendungen beachten — dazu haben sie sich nicht verpflichtet. Sie wissen von vornherein, daß sie die Stärkeren sind. So kostet eine solche Verpflichtung nicht viel.

Sie haben sich weiter verpflichtet, die Frucht der Währungsreform, von wo aus sie für ganz Süddeutschland berechnet wird, um 2 Mark zu ermäßigen. Von einer Rückgängigmachung der Eisenpreiserhöhung hört man nichts.

Ferner stellen die Eisenherren in Aussicht, bei der Internationalen Rohstoffgemeinschaft darauf hinzuwirken, daß die Auslandspreise für deutsches Eisen den viel höheren und weit über den Weltmarkt stehenden Inlandspreisen angeglichen werden. Endlich soll die sogenannte „Ausgleichsklausel“, d. h. das Verbot für den Eisenhandel, ausländisches Eisen im Inland zu handeln, „gelodert“ werden.

Diese beiden letzten Versprechungen sind der Köder für die Metallfertigungsindustrie, sich dem Preisbittat des Schwerkmetallkapitals zu fügen. Während die Herren über Hochöfen und Walzwerke sich den Anschein geben, als wenn bei einer Erhöhung der Auslandspreise vielleicht der Inlandspreis gesenkt werden könnte, wird in Wahrheit umgekehrt, wenn es überhaupt ernsthaft versucht wird, nur der Auslandspreis erhöht und der Inlandspreis hochgehalten.

Die Monopolkapitalisten siegen auf der ganzen Linie: über den Reichswirtschaftsminister, über die metallverarbeitende Industrie. Das ist der Sinn ihres Wirtschaftsfriedens mit Curtius.

Daß sie vorläufig auch noch über die Arbeiter Erfolge erringen, dafür sorgt die Schlichtungsmaschine des Arbeitsministers Brauns und die Taktik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie.

Noch eine andere Lehre ergibt sich aus diesem Frieden zwischen Schwerkmetallkapital und Reichswirtschaftsminister. Wieder müssen die Reformisten eine Hoffnung zu Grabe tragen. Statt daß sie gegen den Preiswucher des Monopolkapitals die Arbeiterschaft mobilisieren, haben sie stets auf die Widerstandskraft der metallverarbeitenden Industrie gegen die Montankonzerne spekuliert. Sie machten, statt die Arbeiter im Kampf zu einigen, Einheitsfront mit einem Teil der Kapitalisten — mit dem Ergebnis, daß, den finanzkapitalistischen Kräfteverhältnissen in Deutschland entsprechend, die Eisenfertigungsindustrie vor der Schwerkmetallindustrie kapituliert hat, und mit dem Ergebnis weiter, daß nun beide zusammen gegen die Arbeiter schlagen.

Kleine politische Nachrichten

Unfall in der Gasverarbeitungsanlage der Zeche „Mont Genis“. In Sodingen, 29. Februar. — Heute vormittag gegen 9,40 Uhr ereignete sich auf der Gasverarbeitungsanlage in Sodingen ein bedauerlicher Unfall. Auf einer außer Betrieb befindlichen Leitung, die abmontiert wurde, entzündeten sich austretende Gase, wobei drei Mann schwere Brandwunden davontrugen, darunter einer lebensgefährliche.

Zwei weitere Todesopfer der Kölner Explosionskatastrophe. In Köln, 29. Februar. Als 7. und 8. Todesopfer der Explosionskatastrophe in der Brickettfabrik der Hubertus-Braunthöfen-W.G. in Brüggen sind nunmehr auch der 59 Jahre alte Brickettmeister Vogel und ein weiterer Arbeiter ihren Verletzungen erlegen. Das Befinden der übrigen Verletzten ist zufriedenstellend. Lebensgefahr besteht bei keinem mehr. Heute früh begann die Untersuchungskommission ihre Arbeiten.

Reichsindexziffern für Lebenshaltungskosten im Februar 1928. In Berlin, 29. Februar. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) ist nach der Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Februar mit 150,6 gegen 150,8 im Vormonat nahezu unverändert geblieben.

Die neue französische Armee. In Paris, 29. Februar. — In der heutigen Kammerberatung fand die Gesetzesvorlage über die Bestimmungen der Armee auf der Tagesordnung. Der Berichterstatter der Heereskommission wies in Anwesenheit Poincarés und Painlevés dar-

auf hin, daß für die einjährige Dienstzeit 525 000 Mann aufzustellen seien, davon 240 000 Franzosen, 95 000 Nordafrikaner, 81 000 Kolonialtruppen und 10 000 Berufssoldaten.

Der Sittlichkeitsskandal Chris in Oppeln

Eine Antwort der Regierung

Auf eine Kleine Anfrage über die Presseachricht betreffend das unflätliche Verhalten des Lehrers Chris in Oppeln hat der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung nunmehr folgende Antwort erteilt:

1. Sofort nach der Anzeige hat die Regierung in Oppeln die erforderlichen Schritte zur Eröffnung des förmlichen Disziplinarverfahrens gegen Chris getan. Er wurde bereits am 11. Januar 1928 vom Schuldienst beurlaubt und bald darauf vom Amte suspendiert. Zu-

gleich ist auch der Oberstaatsanwalt in Oppeln um Einleitung des Strafverfahrens gegen Chris ersucht worden.

2. Es liegt keine Veranlassung vor, die Untersuchung gegen den Lehrer Chris anderen als den dafür zuständigen Beamten zu übertragen.

3. Die Lehrerin Richte hat mit den Schülern über den Fall Chris überhaupt nicht gesprochen.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung muß zwar zugeben, daß die Beschuldigungen gegen Chris so erheblich sind, daß sie zur Suspendierung des Lehrers und zur Einstellung der Lehrtätigkeit führten. Er verschweigt allerdings, daß die Entsetzung vom Amte und die Anklageerhebung erst unter dem Druck der Elternschaft in Oppeln und dem Einfluß der Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ erfolgte. Gegenüber der Behauptung des Ministers, daß kein Anlaß vorliegt, die Untersuchung durch andere Beamte vorzunehmen, verweisen wir auf die Tatsache, daß die bisher durch Oppelner Beamte vernommenen Zeugen den Einbruch hatten, daß sie eingeleitet worden seien. Auch die vom Minister bestrittenen Äußerungen der Lehrerin Richte sind durch Schülerausagen bewiesen.

Der englisch-transjordanische Vertrag abgeschlossen

L. London, 29. Februar. — Der lang erwartete Abschluß eines Vertrages zwischen Großbritannien und Transjordanien ist gestern in Jerusalem erfolgt. — (Nach starkem englischen Druck. Die Reb.)

Der Macher des „Sinowjew-Briefes“ als Schwindler entlarvt

Auf Grund des Berichtes der Untersuchungskommission, die die Valutaspekulationen hoher Funktionäre des englischen Auswärtigen Amtes nachgeprüft hat, wurde der Leiter der Abteilung und ständige Hilfsunterstaatssekretär, Gregory, freilich entlassen, der ehemalige britische Geschäftsträger in China, D'Alley, zum Austritt gezwungen und einige weitere hohe Funktionäre, darunter Kommandeur Macfee, gemahnt.

Der Bericht stellt die Verfehlungen Gregorys darin, daß er im Bunde mit anderen Beamten des Auswärtigen Amtes seit Jahren Valutaspekulationen betrieb, dabei schließlich riesige Verluste erlitt und diese nicht begleichen konnte. Dagegen wird eine andere gegen Gregory erhobene Beschuldigung, daß er nämlich seine amtliche Stellung und seine daraus folgenden vertraulichen Kenntnisse im Dienste seiner Valutaspekulationen mißbraucht hätte, im Bericht zurückgewiesen. So wird auch geleugnet, daß Gregory den berühmten „Sinowjew-Brief“ am Vorabend der englischen Wahlen, am 24. Oktober 1924, aus gewinnstüchtigen Motiven heraus veröffentlicht hätte.

Mit Gregory ist eine der festesten Säulen der britischen Imperialistenpolitik geborsten. Er ist ein fanatischer Sowjetfeind, der als Berater Churchill, Curzons und Chamberlains den englischen Interventionskrieg gegen die Sowjet-

union veranlaßte, Denikin und Wrangel direkt finanzierte. Er stand mit der weißgardistischen Emigration und allen Antibolschewistenkreisen Europas in ständiger Verbindung und organisierte die Verschwörungen gegen die Sowjetunion. Sowohl im Kabinett Lloyd George wie während der Regierung Macdonalds und später Baldwin, war er der ständige Spezialist im Kampf gegen die Sowjetunion.

Die plumpe Fälschung, „Sinowjew-Brief“ genannt, eine angebliche Anweisung der kommunistischen Internationale an die englischen Kommunisten, entstand auf seine Bestellung in der Berliner Fälschungsfabrik der russischen Weißgardisten, um am Vorabend der Wahlen von 1924 die Kleinbürger in das konservative Lager zu treiben und den Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion vorzubereiten. Nebenbei bezweckte Gregory mit der Veröffentlichung dieser Fälschung auch eine Förderung seiner Börsenspekulation. Interessant ist nun, daß Chamberlain, der gezwungen ist, den korrupten Gregory nunmehr öffentlich fallen zu lassen, ihn in diesem Punkte vollkommen deckt. Ja, noch mehr, Macdonald merkt sich zum Wort, um ebenfalls zu bestätigen, daß die Abwendung der damaligen Drohnote an die Sowjetbotschaft durch Gregory unter seiner Ministerpräsidentenschaft vollkommen ordnungsgemäß vor sich gegangen wäre.

Aus aller Welt

Ein Bischof als Fabrikant von Abtreibungsmitteln

„Im vollen erzbischöflichen Ornat“ — 15 Monate Gefängnis Der Gewinn unantastbar

Geistliche haben wir meist in den vordersten Reihen der Kämpfer gegen die Abtreibungen gesehen. Aber Profit macht kühn. Folgende Meldung aus London, die wir der „Kölnischen Zeitung“ vom 26. Februar entnehmen, wirft Licht auf die Taten eines Geistlichen, der gewiß in der Öffentlichkeit nicht wenig gegen die Abtreibung auftrat.

Vor dem Londoner Strafgericht „Old Bailey“ stand jüngst der Reverend Francis Beon, der Geheimmittel zur Vernichtung des keimenden Lebens verfertigte und an Frauen verkaufte. Als Geistlicher spielte er eine große Rolle, trat als ganz junger Mann der altkatholischen Bewegung bei und wurde allmählich in höhere Stellungen befördert, bis er endlich zum Bischof von Ostengland ernannt wurde. Es scheint sogar, daß er den Rang eines Erzbischofs hatte; denn eine Abbildung in englischen Zeitungen zeigt ihn

in vollem erzbischöflichen Ornat.

Vor acht Jahren jedoch sagte er sich vom Altkatholizismus los und trat der englischen Staatskirche bei, die ihn zum Pfarrer der Kirche „All Saints“ in Mile End (Ostlondon) ernannte. Auch hier machte er durch sein Eintreten für die hochkirchliche (anglo-katholische) Richtung viel von sich reden, hatte Streitigkeit mit den protestantisch gesinnten Pfarreieingeweihten und mußte zu verschiedenen Malen die Hilfe der Polizei gegen Aufwiegler anrufen.

Niemand hatte eine Ahnung davon, daß der hochwürdige Herr identisch sei mit einem gewissen Howard Barron, Inhaber der Firma Dr. Hannah Brown, die gewisse Mittel verfertigte und vertreibt, durch deren Gebrauch Frauen, die nicht Mütter werden wollen, ohne Beihilfe eines Arztes von ihrer Sorge befreit werden sollten. Natürlich war er nicht im Laboratorium oder im Laden von Dr. Hannah Brown zu finden, sondern ließ das Geschäft von der mit ihm angelegten Annie Bolton, einer 30jährigen, schwerhörigen Frau, versehen. Auf diese Weise gelang es ihm

zehn Jahre lang

hörliche Frauen zu beschwindeln; denn wie es scheint, haben die Mittel in den meisten Fällen keine Wirkung, und Anzeigen wurden aus leicht begreiflichen Gründen nicht gemacht. Da sich kein einziger Fall von Schädigung an Leib und Leben nachweisen ließ, erhielt der Herr Pfarrer mit dem berühmten Namen nur 15 Monate Gefängnis, und seine Mitangeklagte kam mit sechs Monaten davon.

Die „Kölnische Zeitung“ findet die Strafe vollkommen genügend,

da der ehrenwerte Herr schon 70 Jahre alt sei. Von seinem Gewinn ist dem Herrn Fabrikanten nichts abgenommen worden. Die Heiligkeit des Profits darf nicht angetastet werden — auch wenn er von einem Geistlichen durch Fabrikation und Vertrieb von Abtreibungsmitteln in zehnjährigem Geschäft zusammengebracht ist!

Bergmanns Gläubiger

fürchten die Presse

Mittwoch mittag fand im Landgericht I Berlin die Gläubigerverammlung im Konkurs des Lombardhausbesizers Bergmann statt. Als der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Ritter, als Konkursrichter an die Versammlung die Frage richtete, ob gegen die Zulassung der Presse seitens der Gläubiger etwas vorzubringen sei, erhob sich ein wüster Tumult, und es ertönten stürmische Rufe: „Presse raus! Wir wollen keine Presse, die bloß Sensationen macht. Die Presse hat sich über die Opfer Bergmanns lustig gemacht usw.“ Der Konkursrichter ersuchte darauf die Gläubiger, die gegen die Zulassung der Presse seien, die Hand zu erheben. Die Gläubiger taten dies einmütig. Die Presse verließ darauf den Saal.

Im Verlauf der Versammlung der Bergmann-Gläubiger erklärte der Konkursverwalter nach einem längeren Bericht über den Stand des Konkursverfahrens und über die Konkursmasse, daß die ungünstigste Duote, die herauskommen könne, 6 Prozent, die günstigste 55 Prozent betragen werde. Bei der Wahl des Vertreters für den Gläubigerausschuß kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen, die zu kurzer Unterbrechung der Verhandlungen führten. Es wurden schließlich zwei Listen aufgestellt, eine mit der Vertretung der Großgläubiger und eine mit der Vertretung der Kleingläubiger. Nach vierstündiger Verhandlung drang die Liste der Großgläubiger durch. Nach anfänglichem Widerstreben erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, Bergmann wöchentlich 25 Mark Unterstützung zu gewähren.

Versicherungsbetrug durch Selbstverwundung. Das Schöffengericht in Siegen verurteilte den Fabrikarbeiter Kück wegen Versicherungsbetruges zu neun Monaten Gefängnis. Der Verurteilte war vor einiger Zeit auf der Bahnstrecke Olpe-Geltingen mit einem abgefahrenen Bein aufgefunden worden. Der Beinastumpf war mit einem Fahrradschlauch so kunstgerecht abgebunden, daß in der Anlage angenommen wurde, daß Kück sich vor dem Ueberfahren das Bein hat abbinden lassen, um sich gegen Verletzung zu schützen. Kück, der kurze Zeit vorher sich bei zwei Versicherungen gegen Verkehrsunfälle mit zusammen 30 000 Mark hatte versichern lassen, hat sich nach der Anzeige von dem unbekanntem Mann, der ihm das Bein abgebunden hatte, auf die Schienen legen lassen, um einen Verkehrsunfall vorzutäuschen.

Der junge Kämpfer



Aus dem Leben der Jungarbeiter

Der Direktor verspricht Wurst

Ein junger Arbeiter schreibt aus: Ich bin in einer Porzellanfabrik in Hermsdorf (Waldenburg) als Porzellandrehwerk-Behrling angestellt. Um die Leistung der Behrlinge auf die größtmögliche Höhe zu bringen, verspricht Direktor Krauß demjenigen, der täglich tausend Pomme fertigstellt, einen ganzen Ring Wurst. Wir gaben uns die allergrößte Mühe, sahen von der Arbeit den ganzen Tag nicht auf, schufteten darauf los, gingen gänzlich gelähmt nach Hause und brachten es trotzdem nur auf 950 Pomme täglich. Ich glaube, wir hätten weiter in dem Tempo geschuftet, wenn dieser famose Direktor nicht nach Ostern gekündigt worden wäre. Wir warnen die dortigen Behrlinge vor diesem Direktor. Laßt euch durch die Aussicht auf Wurst nicht antreiben, sondern kämpft mit uns um höhere Löhne.

Aus einem Landesspinner Betrieb

Bei der Firma Hamburger A.-G., Landeshut, erhielt der jugendliche Weber Dypzig die Kündigung. Der Grund ist folgender: Bei dem Weber Dypzig gab es am Sechsten eine Reparatur, die von dem Revierrmeister aber nicht sofort ausgeführt wurde, worauf das gelieferte Stück einige Fehler aufwies. Dypzig mußte, als er das Stück geliefert hatte, in die Fabrik kommen und erhielt die Kündigung. Trotzdem der jugendliche Arbeiter (er ist 16 Jahre alt) weder Vater noch Mutter hat, wird er auf die Straße gesetzt. Der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende hatte dagegen nichts einzuwenden, wenn der Kollege zum Vorzug preisgegeben wird. Er ist der Meinung, nur etwas sagen zu brauchen, wenn der Kollege gewerkschaftlich organisiert wäre. Kollegen, so sieht das wahre Gesicht dieser „demokratischen“ Firma aus, denn das will ja diese Firma

sein, die bei jeder Faser die schwarzrotgoldene Fahne der kapitalistischen Republik schlaggt. Die Arbeiter der Firma Hamburger müssen es sich sehr überlegen, ob sie bei der nächsten Betriebsratswahl wieder Leute wählen, die durch ihre Kalkül bestimmt keine neuen Mitglieder für die freien Gewerkschaften werden. Allen Jungarbeitern und Jungarbeiterinnen rufen wir zu: treten ein in die freien Gewerkschaften und kämpft mit dem kommunistischen Jugendverband dafür, daß die Gewerkschaften zu Klassenkampforganisationen werden.

Aus dem „schönen“ Girschberg

In der Girschberger G.V. ist wieder einmal etwas nicht in Ordnung. Dort herrschen schlimme Zustände, die schon zum Eingreifen der SPD-Ortsgruppe führten. Es sollen ein Jahr lang keine Wähler geführt und ein Loch in der Kasse vorhanden sein. Die Genossen in der G.V. sind auch nicht mit dem Inhalt ihrer Veranstaltungen zufrieden. So konnte man am letzten Sonnabend beobachten, daß G.V.-Leute mit den Worten: „Es ist heute nichts los“, den Heimweg antraten.

Am vergangenen Sonntag veranstaltete das hiesige Reichsbanner mit der Jugendgruppe einen Werbezug. Die Kapelle des Reichsbanners übte sich wieder einmal in vaterländischer Musik; man konnte Märsche wie „Preußens Gloria“ ujm. hören. Damit auch den Schülern der Republik nichts passiert, fuhr das erste Mal bei einer solchen Gelegenheit die Hl. Hermandad Girschbergs im funkelnagelneuen Auto hinterher.

Die J.D.L.-Jugendgruppe hält alle Donnerstage Zusammenkünfte ab. Diese Gewerkschaftsjugendorganisation glaubt nun ihre Mitglieder für den Kampf um ein besseres Dasein zu schulen, indem sie mit eingeladenen G.V.-Mitgliedern Volkstänze und Spiele veranstaltet.

Der städtische Jugendpflegeausschuß hielt hier eine Sängerwoche ab und beschloß diese mit einem öffentlichen Werbefest in der Oberrealschule. In seiner Ansprache betonte der städtische Jugendpfleger Lehrer Ernst, der dem K.P.V. die Aufnahme in das Jugendheim verweigerte, daß es ihm gelungen sei, alle Vereine und Verbände von der Deutschen Turnerschaft bis zur G.V. zu gewinnen. Also, die „Vertreter“ der arbeitenden Jugend stellen sich in eine Front mit ihren angeblichen Feinden. Jungarbeiter, wenn ihr verhindern wollt, daß ihr weiter ausgebeutet werdet, daß man aus euren Knochen das Letzte herausholt, um die Profite der Unternehmungen zu vergrößern, so werdet Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes, der überall eure Forderungen vertritt.

Unterbezirkskonferenz Görlitz

Am 26. Februar tagte in Görlitz die Unterbezirks-Delegiertenkonferenz des kommunistischen Jugendverbandes. Die Konferenzleitung stellte fest, daß über 40 Mitglieder anwesend waren. Auch die Ortsgruppen Lauban wurden von einigen Genossen vertreten. Die Versammelten denks den verstorbenen Genossen Max Hymann durch Erheben von den Plätzen. Dann ergriff der Vertreter des K.P., Genosse Franz,

„Sammelt Fahrgeld“
Rüstet zum Reichsjugendtag
Ostern 1928 in Chemnitz!

Verlin, das Wort zu seinem Sekretär über „Die politische Lage und die nächsten Aufgaben des K.P.“ In leicht faßlicher Weise verstand es der Redner, die wichtigsten Aufgaben allen Genossen vor Augen zu führen. Er behandelte ausführlich die Fragen der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Die Genossen hörten sein anderthalbstündiges Referat mit der größten Aufmerksamkeit an. In der anschließenden Diskussion teilten sich drei Genossen, die im allgemeinen das Referat des Referenten des K.P. unterstützten.

Beschlossen wurde, daß in der nächsten Zeit vier Betriebsgruppen in Görlitz herausgegeben werden. Die Gründung neuer Gruppen des Jugendverbandes in verschiedenen Orten wird für die nächste Zeit in Angriff genommen werden.

Alles in allem kann gesagt werden, daß die Konferenz neue Wege zur Verstärkung unserer Organisation durch Bearbeitung der Betriebe und Schaffung neuer Ortsgruppen gewiesen hat. Darum, heran an die Arbeit!

Sie wollen unbedingt Religionsunterricht in der Fortbildungsschule

Vor längerer Zeit beschloß der Ratiborer Freistag, Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen als außerordentliches Fach einzuführen. Die Regierung von Döbeln lehnte den Religionsunterricht ab auf Grund eines Ministerialerlasses vom 26. 8. 1897. Die kirchlichen Schlepptreuer kümmern sich aber darum nicht, sondern versuchen weiterhin, das festgefahrene System in die Betriebe der Jungarbeiter einzuführen. Daß sie dabei auf harten Widerstand stoßen, zeigt die Tatsachen. Fragt der Geistliche, wer die zehn Gebote lehrt, so meißelt sich niemand. Der Geistliche fragt nun erobert, ob sie überhaupt nicht mehr beten könnten und muß die zehn Gebote allein herunterleeren. Fast in allen Klassen ist es so. Soll vor und nach dem Unterricht Gebet werden, so lehren die Schüler allerhand Sachen herunter und der Geistliche muß allein die Gebete verrichten. Daraus ersieht man: Auch die Ratiborer Jugend macht immer mehr auf.

Jeder Arbeiter, jeder Maurer, jeder Zimmermann
kauft seine Arbeitskleidung gut u. billig bei
Adolf Mallnowitzer, Klosterstr. 23

Arbeitskleidung gestreift Pilot	13,50, 12,50, 9,25, 7,25, 4,75
Maurerhosen mit u. ohne Schnitt	11,00, 9,50, 8,50, 7,50
Manchesterhosen grau, schwarz, braun, mode, grün	15,50, 13,50, 10,50, 7,25
Manchester-Schnitthosen schwarz, allbergrau u. mode	16,50, 15,00, 12,50, 11,50
Schwarze Dreidreht- und Tuchlederhosen mit und ohne Schnitt, auch mit Latz	17,50, 14,50, 12,50, 9,50, 7,50

Echtblaue Reutlinger Monteur- u. Schlosseranzüge 11,00, 9,00, 7,50, 6,50, 5,50
Echt Reutlinger Anzug „Marke Monteurtraud“, m. Nieten 15,00
Berufskleidung: Koch-, Konditor-, Kellner- u. Fleischersachen, Malar-, Meschan-, Zeichn.- u. Schriftsetzartikel, Friseur-, Drogerien-, Laboratorium-, Staub- und Schutzmäntel zu sehr billigen Preisen!
Bauch- und Leihlingsgrößen in allen Qualitäten
Maurerwerkzeuge, Maurerhosen, Sockenmacher
Niederlage der Firmen: W. Mosberg, H. Bielefeld, Gustav Lamparter, Reutlingen.

Die Abfindung der Kriegs- und Liquidationsgeschädigten

Von Reichstagsabgeordneten A. Jadowski

I. Allgemeines

Neben den an Leib und Gesundheit Geschädigten haben der Weltkrieg und die mit dem Weltkrieg im Zusammenhang stehenden Verdrängungen deutscher Staatsangehöriger eine große Masse materiell Geschädigter zur Folge gehabt. Welt über eine halbe Million Familien sind auf diese Weise um Haus und Gut geschädigt worden. Jahrelang kreiert man sich herum, in welcher Form die Entschädigung dieser zum größten Prozentsatz in Not und Elend lebenden kriegsbeschädigten Angehörigen vorgenommen werden soll. Verschiedene Entschädigungsvorschläge sind im Laufe der Jahre schon längst nach Hunderten von Millionen zählende Summen als Entschädigung erhalten.

Für die von Haus, Hof und Arbeitsstelle vertriebenen Auslandsdeutschen, für die Deutschen in abgetretenen Gebieten, die verdrängt, liquidiert oder annulliert wurden und für die im Ruhrkampf Geschädigten, soweit es sich um Arbeiter, Angehörige und andere Mitglieder der verschiedenen Klassen handelt, hat aber das kapitalistische Vaterland sehr wenig oder gar nichts übrig gelassen. Hungernd und im Elend leben diese Verdrängten und warten, ob nicht ihre Erbschaft aus Not und Qual kommt. Dem östlichen Drängen und Protestieren dieser breiten Schichten mußte schließlich auch das kapitalistische Regime nachgeben und sich unter dem Druck dieser breiten Massen bereit erklären, mit einer Art Entschädigung heranzutreten. Da aber das kapitalistische System nur für die Reichen und Mächtigen etwas übrig hat, ist die Art der Entschädigung für die durch den Krieg Geschädigten und Verdrängten auch darauf zugeschnitten.

2. Schadentypen

Der Gesamtschaden der oben erwähnten Geschädigten beläuft sich auf circa 11 Milliarden Mark. Daran sind beteiligt mit Verlusten bis zu 100.000 Mark ungefähr 225.000 Geschädigte mit 1 Milliarde 460 Millionen Mark, mit Verlusten über 100.000 Mark circa 6000 Geschädigte mit rund 7 Milliarden Mark. Daneben sind noch rund 61.000 Fälle Wertpapiergeschädigter mit einem Gesamtschaden von 1 1/2 Milliarden Mark. Bei den Wertpapiergeschädigten sind rund 80.000 Verlustträger mit kleineren Summen im Gesamtschaden von rund 700 Millionen, während die 1000 anderen Fälle von Wertpapiergeschädigten mit höheren Verlusten dieselbe Summe ausmachen.

In beiden Fällen, bei den materiell Geschädigten als auch bei den Wertpapiergeschädigten macht die Zahl der reichen Verlustträger kaum 2 Prozent aus, die Summe des Schadens dagegen 80 Prozent. Bei den Kleingeschädigten dagegen beträgt der Prozentsatz der Geschädigten 96 Prozent der Gesamtzahl und der Schadensumme nur rund 20 Prozent.

3. Der Gesetzentwurf

Für alle diese Geschädigten soll nun nach dem von der Reichsregierung vorgelegten Kriegsschaden-Entschädigungsgesetz eine Entschädigung ausgezahlt werden. Dieser

gelegte Gesetzentwurf trägt auch vollkommen den Charakter der Politik, die die Bürgerkriegsregierung in Deutschland vertritt. Für die reichen Verlustträger sieht dieser Gesetzentwurf sehr annehmbare Entschädigungen vor, die bis zur Höhe von 7 Millionen Mark Abfindung für den Einzelfall gehen. Nicht berücksichtigt hat man aber all die verlorenen Existenzen von Arbeitern und Angestellten, wovon es nach verschiedenen Schätzungen circa 180.000 Fälle geben soll. Nicht berücksichtigt werden ferner in dem Gesetzentwurf alle Fälle Sozialhilfsbedürftiger, die durch die Verdrängung jede Existenz verloren haben. Desgleichen werden auch nicht berücksichtigt diejenigen Fälle, die nicht in direktem Zusammenhang mit dem Krieg und Kriegshandlungen standen; zum Beispiel haben bei den oberflächlichen Kämpfen deutsche Grenzschutztruppen auf Grund einer Demunisierung die Wirtschaft eines kleinen Landwirts in Brand gesetzt oder in Grund und Boden geschossen; der Mann erhält keine Entschädigung.

Ebenso schließt der Gesetzentwurf auch alle diejenigen Fälle aus, die verspätet eingereicht wurden. Von diesen verspätet angemeldeten Fällen gibt es allein aus der Inanspruchnahme im Osten nach oberflächlicher Schätzung circa 65.000.

Wenn diesen Mann ein weiß das eingereichte Gesetz aber eine Anzahl von Verzögerungen auf, nach denen einem armen Teufel, wenn er ein paar Mark zu Unrecht bezogen hat, eventuell ein Jahr Gefängnis angedroht werden kann. (Man darf schon jetzt gespannt sein, ob die Ruhrindustriellen die zu Unrecht erhaltenen Millionen zurückzahlen oder dafür brommen werden.) Gegenüber diesen milliarde- und brutalen Maßnahmen dieses Gesetzentwurfes hat die kommunistische Reichstagsfraktion nachfolgende Änderungen beantragt:

4. K.P.-Änderungsanträge

Zu § 1 wird verlangt, daß der Begriff Liquidations- und Gewaltschaden erweitert wird nach Maßgabe der folgenden Paragraphen.

Dem § 2 soll als neuer Absatz hinzugefügt werden die Feststellung, daß allen Arbeitern, Angestellten und Sozialhilfsbedürftigen sowie Beamten, die keine staatlichen Versorgungsgeldbezüge erhalten, das Recht zusteht, eine Unterfertigung zu verlangen nach Festlegungen in den weiteren Paragraphen.

Zu § 3 fordert die kommunistische Fraktion, daß bis zu 10.000 Mark Schaden volle 100 Prozent entschädigt werden. Weiterhin beschränkt unser Antrag die Höchstsumme des Entschädigungsbetrags auf 200.000 Mark, für welche 50 Prozent als höchste Entschädigung gezahlt werden. Höhere Entschädigungssätze werden nicht gefordert.

Zu § 4 und 5 verlangen die kommunistischen Anträge bei verdrängten, liquidierten oder annullierten Besitzern von Dauerimmobilien eine Entschädigung mit einer Zinseszinseszins in der Größe einer Adressierung. Diese Zinseszinseszins muß auf Antrag gewährt werden.

Zu § 6 fordern wir, daß alle Zahlungen, soweit dieselben nicht zur Freisetzung des notwendigen Lebensunterhalts verbraucht wurden, zur Verzinsung zu bringen sind und höher wie im § 3 bereits geforderte Summen als Kredit zu bewerten sind. Nach dem Vortrags der von uns ge-

stellten Anträge wird im § 7 gefordert, daß für Hausrat, Bekleidung und Handwerkszeug, falls der Betrag zweitausend Mark nicht überschritt und mit 100 Prozent abgegolten wurde, noch einmal 50 Prozent Nachentschädigung zu zahlen sind.

Zu § 8 wird Vorauszahlung bis zu 20.000 Mark verlangt.

Zu § 10 verlangt der kommunistische Änderungsantrag für alle verdrängten Arbeiter, Angestellten, Sozialhilfsbedürftigen und Beamten, die keine Staatszuschüsse erhalten und keine Existenzmöglichkeit finden können, eine jährliche Rente, die dem Existenzminimum entspricht. Die Härtefessel im § 16 der Gewaltschadenverordnung soll gestrichen werden. Zu § 11 verlangt der kommunistische Änderungsantrag auch Ersatz der Schäden, die durch dritte Handlungen deutscher Grenzschutztruppen herbeigeführt worden oder begangen wurden. Die Gewaltschadenverordnung muß dementsprechend geändert werden. Der § 14 bestimmt nach der Fassung des kommunistischen Antrages, daß der Anspruch auf Entschädigung nicht besteht, wenn der Leistungsempfänger ein Jahreseinkommen von über 5000 Mark besitzt.

Zu § 15 verlangt der kommunistische Antrag die Übertragbarkeit und Verzinsung der Entschädigung nur in den Fällen, in denen das Jahreseinkommen des Empfängers nicht 5000 Mark übersteigt. Desgleichen ist der Zahlungsbetrag bis 10.000 Mark unpfändbar.

Die kommunistischen Anträge für den § 16 der Regierungsvorlage bestimmen, daß Wertpapiere nur in Höhe der Sätze des § 8 entschädigt werden, und zwar nur dann, wenn das Jahreseinkommen des Empfängers nicht funftausend Mark übersteigt. Diese Feststellung gilt auch für Wertpapiere, die sich im Besitz von Banken befinden und dritten Personen gehörten.

Zu § 17 verlangt der kommunistische Änderungsantrag, daß Geschädigte, die eine Entschädigung bis zur Höhe von 2000 Mark erhalten haben, dieselbe nicht zurückzahlen brauchen, selbst wenn sie die in Verlust geratenen Gegenstände ganz oder teilweise zurückerhalten haben, vorausgesetzt, daß sie sich in keiner gefährlichen Existenzlage befinden.

Zu § 20 fordert die kommunistische Fraktion eine Verzinsung der Fristen um das Doppelte bei allen Einsprachen vor den zuständigen Instanzen.

Zu § 23 fordert der kommunistische Antrag Befreiung der beschränkten Fristenverordnung und Aufhebung des § 22 der Gewaltschadenverordnung.

Diese Maßnahmen sind notwendig, da, wie schon erwähnt, noch weit über 100.000 Fälle vorhanden sind, bei denen eine Festlegung der Entschädigung nicht erfolgte, weil die Fristen zur Anmeldung verstrichen waren. Um Sinne dieser Festlegungen würden all die kleinen Geschädigten an einer ihrer Existenz sichernden Unterstützung bzw. Entschädigung kommen. Den schwerreichen Industriellen werden aber nicht erneut Hunderte von Millionen in die Taschen fließen, die doch letzten Endes von der Masse der deutschen Steuerzahler getragen werden müssen.

Angabe der Kleingeschädigten ist es nun, sich für die Forderungen der Kommunisten einzusetzen.



Reste

in Serge, Kiltat, Schmand, Aermelhalter und Rohhaare sehr billig. Wattleine Meter 2 Mt., Garn 1000 Meter 25.- 30 Pf., Mato-Schnittpapier 100 Blatt 2.- bis 8.- Mt., Andys 2kg. 3 bis 10 Pf., Kernseife Eigel 18 Pf., 1 Dose Erdal 15.- 20 Pf.

Alles prima Ware
Detail und Groß
Bertold Lippert
Breslau

Heinrichstraße 16
Filiale: Oberstr. 17
Weißgerbergasse 43



Wir empfehlen unsere

Buchdruckerei
zu Anfertigung von

Werken
Plakaten
Briefbögen
Rechnungen
Programmen
Einakstent
Flugblätter
Massenauf-
lagen usw.

Gute Ausstattungs-
Nedra te Pretsel



DEUVAG
Papier-Erzeugnisse
und Verwertungs-
Aktien-Gesellschaft
Breslau
F.H. Dresler
Treibitzer Str. 58

Breslau

Der neue Etat vor den Stadtverordneten

In der am heutigen Nachmittag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung soll die Generaldebatte über den neuen Stadthaushaltsplan beginnen. Für die kommunistische Fraktion wird der Genosse **Ammon** sprechen. Wir werden in den nächsten Tagen auf die verschiedenen Einzelpositionen des diesjährigen Etats näher eingehen.

100 Kilometer in der Stunde

Es wird gemeldet: Neben den sonstigen Verbesserungen im Reiseverkehr, wie Vermehrung, Neuverlegung und Verlegung von Schnell- und Personenzügen sowie besserer Anschlüsse, Beschleunigung der Personenzüge, Einstellung neuer D-Zug- und A-Klasse (Einheits-) Wagen mit eigener elektrischer Dynamo-Beleuchtung usw. wird im Reichsbahndirektionsbezirk Breslau mit Beginn des Sommerfahrplans ab 15. Mai dieses Jahres die Grundgeschwindigkeit bei sämtlichen Schnellzügen auf 100 Kilometer pro Stunde erhöht. Bisher betrug dieselbe 85, 90 und 95 Kilometer. In der Praxis wird sich das so auswirken, daß die D-Züge in Zukunft auf den horizontalen Streckenabschnitten 100 Kilometer, auf den Steigungen darunter und auf den Gefällesrecken, unter Beobachtung gewisser Vorsichtsmaßnahmen, mit 110 Kilometer stündlicher Geschwindigkeit fahren werden. — Es würde uns interessieren, einmal zu erfahren, wie die Beschleunigung der Personenzüge sich auswirken wird. Wir konnten vor Jahresfrist nachweisen, daß die „moderneren“ Personenzüge auf gewissen Breslauer Vorortstrecken langsamer fahren als vor fünfzig Jahren! Hier wäre eine Beschleunigung in erster Linie notwendig gewesen.

Unzufriedenes Wahlergebnis bei der Reichsbahndirektion Breslau

Die Betriebsräte wahlen in Reichsbahndirektionsbezirk Breslau hatten folgendes Ergebnis: Wahlberechtigt waren 1928: 20 452 (im Vorjahre 22 930), davon stimmten für den Einheitsverband 14 440 (15 986), Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner 2021 (2364), Allgemeiner Eisenbahnerverband 1800 (2066), Industriebetrieb 173 (242). Ungültig insgesamt 206 Stimmen.

Ein Lastauto Diebstahl beschlagnahmt. Dienstag wurde im Grundstück Gräblicher Straße 30 in der Wohnung einer Handlady Frau **Scholz** ein großes Lager gestohlener Waren ausgehoben. In der betreffenden Wohnung sammelten sich bereits seit längerer Zeit eine größere Anzahl „englischer Lieferanten“. Frau **Scholz** nahm die gestohlenen Gegenstände an und verkaufte sie weiter. Die vorgefundenen Waren füllten mehrere Stuben. Zu ihrem Transport mußte ein Lastauto der Schutzpolizei herangeholt werden. Im übrigen gelang es der Polizei, bei der Aushebung des Hehlernes vier Verhaftungen vorzunehmen, denen noch weitere folgen werden. Unter den Verhafteten befindet sich neben der Wohnungsinhaberin auch ein aus dem Justizhaus Wohlau entlassener Gefangener.

Der Stadtgraben wird elektrisch beleuchtet. Bereits im vergangenen Jahre waren die Arbeiten, die Außenseite des Stadtgrabens mit elektrischem Licht zu versehen, begonnen worden. In diesen Tagen sind sie auf dem Strahlenfeld zwischen Freiburger Bahnhof und Schweidnitzer Straße beendet. Große Vogenlampen erhellen die bisher ziemlich dunkle Straße. Wenn auch zugegeben werden muß, daß schon mit Rücksicht auf die durch die rasenden Autos gefährdeten Straßenpassanten eine bessere Beleuchtung des Stadtgrabens notwendig war, darf man sich doch wohl die Frage erlauben, wann endlich die immer unzufriedener werdenden Beleuchtungszustände in den Arbeitervierteln der West- und Ostvorstadt abgeändert werden.

Eine Verkehrsampel an der Gartenstraße. In diesen Tagen wird an der Gartenstraße, Ecke Schweidnitzer Straße, an den Straßenbahntrassen eine Verkehrsampel, ähnlich der am Ring und Freiburger Bahnhof bereits in Betrieb befindlichen, angebracht. Dadurch kommen die dortigen Verkehrschaos aus ihrer gegenwärtigen mißlichen Lage heraus und brauchen nicht mehr zu befürchten, jeden Augenblick von einem der durchfahrenden Kleinbusautos umgerissen zu werden.

Die neue Verhandlung gegen Sellin. Am 9. Mai soll nunmehr die zweite Verhandlung gegen den Landgerichtsrat Sellin stattfinden. Ob er unzurechnungsfähig ist, sollen die Sachverständigen Professor **Bollenberg** und Professor **Pietrusky** belunden, die ihn auf seinen Geisteszustand untersucht haben.

Studentensaferei. Die hiesigen Bißstudenten haben wieder einmal das dringende Bedürfnis gehabt, einen Fackelzug zu veranstalten. Gegenstand dieser Saferei war der derzeitige Rektor der hiesigen Universität, Dr. **Lafel**, ein als Reaktionsär bekannter Mann. Von dem Balkon seiner Wohnung auf der Mohauptstraße hielt er eine Rede, die er mit einem Hoch auf die „akademische Freiheit“ und das „deutsche Vaterland“ schloß, worauf die Studenten „Deutschland, Deutschland über alles“ sangen. Dann gingen sie auseinander zum obligaten Abendbrot.

Vom Krankenauto tödlich verletzt. Von einem Unfallkraftwagen der Feuerwehr wurde am 11. d. M. auf der Paradiesstraße ein Straßenbahnstreckenwärter überfahren. An den erlittenen Verletzungen ist er am Dienstag im Hensel-Gaude-Krankenhaus verstorben.

Immer wieder Schrebergarteneinbrüche. In der letzten Zeit haben sich die Diebstähle in den Schrebergärten stark vermehrt. Besonders hat man es auf die in den Ställen untergebrachten Kaninchen abgesehen. In den letzten Nächten wurde in den Schrebergärten am Verlängerter **Lahme** d. m. eingebrochen, elf Kaninchen abgeschlachtet und die Felle mitgenommen. Das Fleisch ließen die Diebe zurück.

Kriminalle Wochenaktivist. In der Woche vom 19. bis 25. Februar wurden 48 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen Einbruchdiebstahls 8, einfacher Diebstahls (darunter wegen Falschb., Taschen- und Ladendiebstahls) 5, Betruges 5, Erpressung 1, Hehlerei 3, Widerstandes 1, Hausfriedensbruchs 3, Wettens und Arbeitsscheu 14, groben Unfugs 1, Schußhaft 10.

Gewerkschaftslichtspiele. Die Gasse. Ein Lustspiel, das „beste deutsche“ sagt. Die ganze Vögellichkeit deutschen Kleinbürgertums und ebenföhrlicher Fürstentumlichkeit wird in recht amüsanter Weise dargestellt. Was dem Film fehlt ist Tempo. Er hat selbst zwar von der Beschäftigung des Kleinbürgers an sich und schafft dadurch in der Handlung tote Momente. — Im Nebenprogramm an Stelle des nicht gellesterten Müßlins ein „Delmalfilm“ Schlesien. Wir wollten bisher nicht, daß Schlesien (im Bilde) schon ist. (Werden das bei zwölfstündiger Arbeitszeit wohl auch nie wissen.) Die **Gemella-Roth** verjüngt das Programm.

Hugo Frey kämpft ums Mandat

Er kommandiert Abteilungs-Abteilungen des Reichsbanners heran

(Von einem sozialdemokratischen Funktionär.)

(Vorbemerkung: **Rudolf Wöhe**, **Mittwoch**, **Sonder** die **General**, **Mitglieder**, **versammlung** der **Breslauer SPD**. **Nach** die **endgültig** die **Kandidatenliste** zur **Stadtverordnetenwahl** **schleht**. **Hugo Frey**, der **durchgefallene** **Reichsbannergeneral**, **plant**, **nach** **bestimmter** **Weisung**, **in** **diese** **Mitgliederversammlung** **seine** **sozialdemokratischen** **Reichsbannerkandidaten**, **besonders** **die** **politisch** **Indifferente** **unter** **den** **SPD-Mitgliedern**, **zu** **kommandieren**. **Wie** **wir** **erfahren**, **wird** **er** **bereits** **in** **der** **morgigen** **Mitgliederversammlung** **des** **Breslauer** **Reichsbanners** **durch** **seine** **Freunde**, **„Stimmung“** **machen** **lassen**.)

Es ist nicht das erste Mal, daß Hugo Frey mit Hilfe der Reichsbannerabteilungen die übrigen SPD-Mitglieder überrempelt. Als seinerzeit Freys Position durch die Angriffe einer hiesigen Wochenchrift gefährdet war, erschienen die Reichsbannermitglieder truppweise in der SPD-Versammlung. Der ehemalige Vorsteher Wielsch erklärte damals höhnisch: „Eine Abstimmung erübrigt sich eigentlich, wir brauchen doch nur die Abteilungsleiter antreten und melden lassen, in welcher Stärke ihre Gruppen erschienen sind.“ Hugo Frey leant also die Methode aus der Praxis. Es ist daher nötig, den sozialdemokratischen Arbeitern zu sagen, wer Hugo Frey ist.

Zunächst über seine politische Vergangenheit. Als der sozialdemokratische Parteitag 1903 mit den Revisionisten brach, schloß der getränkte Frey der Partei den Rücken. Bis Kriegsausbruch war er „Demokrat“. Seine gewerkschaftliche Tätigkeit im Zentralverband der Angestellten (damals: der Handlungsgehilfen und -gehilfen) beschränkte sich auf eine wütende Hege gegen die Gesetzesparagrafen, die den Angestellten auch in Krankheitsfällen das Gehalt sicherten. Im Kriege fand Frey sich zur inzwischen patriotisch gewordenen Sozialdemokratie zurück und war **Kammer** **Durchhalte** **politiker**. Nach der Revolution wurde er, der weder Beziehungen zur Arbeiterchaft noch Parteiverdienste aufweisen konnte, infolge vermandtschaftlicher Beziehungen zu **Rasch** **Kommandant** der **Sicherheitswehr**. Die gesamte Bourgeoisie war des Lobes voll über den „stüchtigen Kommandanten“, was Frey, der seit seiner Gefreilzeit militärischen Ehrgeiz hat, hoch erfreute. Da ist es nicht verwunderlich, daß Frey die Propaganda der nationalistischen Grenzschutzbünde auf eifrigste unterließ. Seine Sicherheitswehr war es auch, die Anfang 1919 am Stadtgraben in die Arbeiterdemonstration schoss, wobei 15 Tote und eifliche Kinder von der Eisenbahn auf der Straße blieben. Damals erklärte der hiesige Parteitag, daß er die Schleheret billige und sein Amt niederzulegen hätte, wenn nicht geschlossen worden wäre. Das ging unseren Genossen über die Husschur, und trotz aller Ehrgeizes und bester Beziehungen zu maßgebenden Schlehern gelang es Frey nicht, **Polizeipräsident** zu werden. **Nach** **heute** **schmerzt** **diese** **Wunde**. **Seit** **langem** **behauptet** **die** **hiesige** **„Freie** **Meinung“**, **daß** **er** **damals**, **um** **dieses** **Ziel** **zu** **erreichen**, **gegen** **seine** **eigenen** **Parteilgenossen** **in** **seiner** **Artikel** **schrieb**. **Die** **Gründung** **des** **Reichsbanners** **gab** **dem** **„General“** **ein** **neues** **Beitragungsgebiet**, **auf** **dem** **er** **immer** **wieder** **von** **sich** **hören** **muß**.

Wunderlich, daß Frey die Propaganda der nationalistischen Grenzschutzbünde auf eifrigste unterließ. Seine Sicherheitswehr war es auch, die Anfang 1919 am Stadtgraben in die Arbeiterdemonstration schoss, wobei 15 Tote und eifliche Kinder von der Eisenbahn auf der Straße blieben. Damals erklärte der hiesige Parteitag, daß er die Schleheret billige und sein Amt niederzulegen hätte, wenn nicht geschlossen worden wäre. Das ging unseren Genossen über die Husschur, und trotz aller Ehrgeizes und bester Beziehungen zu maßgebenden Schlehern gelang es Frey nicht, **Polizeipräsident** zu werden. **Nach** **heute** **schmerzt** **diese** **Wunde**. **Seit** **langem** **behauptet** **die** **hiesige** **„Freie** **Meinung“**, **daß** **er** **damals**, **um** **dieses** **Ziel** **zu** **erreichen**, **gegen** **seine** **eigenen** **Parteilgenossen** **in** **seiner** **Artikel** **schrieb**. **Die** **Gründung** **des** **Reichsbanners** **gab** **dem** **„General“** **ein** **neues** **Beitragungsgebiet**, **auf** **dem** **er** **immer** **wieder** **von** **sich** **hören** **muß**.

Ebenso interessant ist die soziale Stellung dieses „Arbeitervertreter“. Er, der in Versammlungen über die Not des wertigen Volkes zu sprechen sich nicht entblödet, ist ein recht verdienender Mann. Im Verein der Detaillisten, einer ausgesprochenen Unternehmerorganisation, setzt er sich mit großem Aufschwung für die Belange der Detaillisten ein. Nicht etwa für die kleinen, denn Frey ist der Inhaber eines recht einträglichen Porzellan-Verzuges, das in der Taschenstraße und außerdem Teilhaber der „Gema“ am Ring. Alles in allem: ein begüterter Kaufmann, der es verstanden hat, die soziale Frage für sich zu lösen. Und dieser Herr brängt sich danach, ausgerechnet **Arbeitervertreter** im Breslauer Stadtparlament zu werden. Zur Vervollständigung nur noch, daß sein eigener Bruder, der sozialdemokratische Stadtrat **Georg Frey**, vor kurzem in einem bürgerlichen Blatt erklären ließ, daß er mit Hugo nicht identisch sei.

Nachbemerkung der Redaktion: Soweit die Auskunft unseres noch älter andere Dinge gut informierten Gewährsmannes. Wir wollen nicht mißverstanden werden: Wir haben natürlich nichts gegen eine Kandidatur des Herrn Großkaufmanns Frey auf der sozialdemokratischen Liste. Im Gegenteil! Wir finden sie durchaus nicht schlecht. Barium soll das, was den Bauer, Heilmann und Konjorten recht ist, nicht dem schneidigen Hugo Frey billig sein? Auf den Wahlkampf gegen die Kandidaten freuen wir uns!

Öffentliche Frauenversammlung

Freitag 20 Uhr im „Bergteiler“

anlässlich des Internationalen Frauentages

Rosi **Wolfslein**-Berlin spricht über:

„Warum haben wir nicht das Nötigste zum Leben?“
Frauen aus d. Betrieb und aus d. Haushalt! **Erscheint in Massen!**
Eintritt frei. **Frauenabteilung der SPD.**

Mittelschlesien

Strehlen. Öffentliche K.F.V.-Veranstaltung. Sonntagabend, um 20 Uhr, veranstaltet der Rote Frontkämpferbund einen Kameradschaftsabend bei Girndt in Kuschlau. Die Arbeiterchaft ist dazu herzlich eingeladen.

Brieg. Pfälische Bettelbriefe. Dieser Tage erhielten eine Anzahl Arbeiterfamilien von dem Kaplan Brandstatter Bettelbriefe für den Kirchenbau zugesandt. Betteln ist bekanntlich gesetzlich verboten. Wenn aber die Kirche Betteln geht, und noch dazu bei Arbeitern, die mit der Kirche nichts mehr gemein haben, so ist dies gestattet, überhaupt, wenn es für den Bau von Kirchen geht. Anders ist es aber bei den Arbeitern. Als man von Seiten des Arbeitsamtes den Kollegen Frost nachregelte, erklärten sich die Erwerbslosen mit ihm solidarisch, indem jeder Erwerbslose, der 5 oder 10 Pf. entbehren kann, sie für den Kollegen Frost gab. Aber da marschierte gleich die Polizei auf und beschlagnahmte das Geld. Den Kollegen, die sammelten, macht man jetzt einen Prozess. Wir fragen hiermit die Herren von der Kriminalpolizei, ob sie nicht auch das Geld mit Beschlagnahme machen möchten, das durch die Herz-Jesu-Bettelbriefe einkommen wird? Hier würde es sich lohnen, denn es sind bestimmt mehr als die 3,36 Mark der Erwerbslosenammlung.

Ein Kind ertrunken. Auf dem Mühlengrundstück spielten drei Kinder zusammen. Die fünf Jahre alte Elisabeth Schneider ging die in das Wasser der Ober führende Treppe hinunter und versuchte das dünne Eis aufzubrechen. Das Mädchen glitt dabei aus und stürzte ins Wasser. Die Spielgefährten liefen fort und ergählten erst später den Vorfall ihren Eltern, so daß eine Rettung nicht mehr möglich war. Die Leiche des Kindes konnte geborgen werden.

Münsterberg. Rote Hilfe-Versammlung. Am 22. Februar hatte die Rote Hilfe zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Der SPD-Genosse **Vogel**-Breslau referierte in dem fast überfüllten Saale des Schützenhauses. Die SPD hatte eine wütende Gegenpropaganda entfaltet. Genosse **Vogel** entwidelt in klaren Zügen die Zusammenhänge der Gerichts- und Gefängnisverhältnisse in Sowjetrußland. Meisterhaft hat er es verstanden, die Unterschiede zwischen den Gefängnissen des deutschen kapitalistischen Staates und den Gefängnissen in Rußland zu zeigen. Zu der Diskussion meldete sich ein sozialistisch angehauchter republikanisch gesinnter Richter und versuchte für die Rechtsprechung in kapitalistischen Deutschland eine Lange zu brechen, der dieses abgelehnte und die Fortschritte in Sowjetrußland als keinen Vorteil für das Proletariat hinstellen wollte.

Im Schlußwort bekam der Herr Amtsgerichtsrat eine gründliche Abfuhr. Als zweiter Redner meldete sich der von den SPDisten mittels Brandbrief aus Strehlen hergeholte Herr **Stolz**. Dieser Redner jag mit viel Schmalz über seinen eigenen Parteifreund **Vogel** in schäbigen Worten her und wollte den Genossen **Vogel** unrichtiger Angaben und der Unkenntnis bezichtigen. Selbstverständlich war es für **Vogel** ein Leichtes, dem Herrn **Stolz** seinen Schmalz vom Kande wegzuwischen und klar zu beweisen, daß dieser sich vollständig im Irrtum befindet. Der hiesige Genosse **Hau** 1 widerlegte dem Herrn Amtsgerichtsrat den angeblichen humanen Strafollzug in Deutschland an Hand von Tatsachen. Zu dem himmelschreitenden Unrecht an dem Genossen **Hoels** und anderen konnte sich der Herr Richter nur mit einem verlogenen Ahseljuden äußern. Nach dem kräftigen Schlußwort des Genossen **Vogel** bedankte sich der Vorsitzende, bel den SPD-Größen für die ungewollte Klame in der Münsterberger Zeitung und erklärte ihnen folgendes: Der Vorstand der SPD nannte die Einberufung der Versammlung „Kommunisten von 1928“. Demgegen-

über erklärte der Vorsitzende und der Einberufer der Versammlung, daß er bereits zu einer Zeit organisiert war, als sich verschiedene Novembersozialisten noch die Hosen vollmachten.

Versammlungskalender

Kommunistischer Jugend-Verband
Girschberg. Donnerstag 20 Uhr Gruppenabend bei Genossen **Pratsch**, Schultheiß-Bräuerel, Eingang Warmbrunner Straße. Thema: „Zehn Jahre Rote Armee.“ Gäste eingeladen.

Jung-Spartakus-Bund
Breslau.
— Alle Pioniere Donnerstag 17 Uhr „Stadt Ramsau“, Matthiasstraße 212. Genosse **Franz**-Berlin spricht über die Arbeiten der Berliner Jungpioniere.
— Süd-West-Zentrum. Donnerstag 16 Uhr alle Pioniere Sonnenplatz.

Roter Frontkämpfer-Bund
Breslau.
— Abt. 1. Freitag 19 Uhr Antreten Total zur „Eisenbahn“, Brüderstraße. Alle Mitglieder von RFB, RZ und JS. erscheinen.
— Abt. 2. Heute Donnerstag 20 Uhr Funktionärspfung bei Kommerzkirch, Trebnitzer Straße 15.
— RFB, Abt. 1. Donnerstag 20 Uhr Versammlung bei Wind, Mariannenstr. 16. Gäste willkommen.

Strehlen. Donnerstag, 1. 8., 19 Uhr bei Wende (Stadt Breslau), Mitgliederversammlung.
Oberschlesien. Donnerstag 19 Uhr Pflichtversammlung im Mayrauschacht.

— Sonntag 12 Uhr Antreten mit Kapelle am Mayrauschacht.
Altwasser. Freitag 19 Uhr Kameradschaftsabend im „Eisernen Kreuz“.
Görlitz. Rote Jungfront. Freitag 20 Uhr im „Felsenkeller“ Mitgliederversammlung des RFB und der RZ.
Weißtein. Sonnabend 20 Uhr Kameradschaftsabend im „Finkenbrunn“. — Sonntag 13 Uhr Übungsstunde der Spielmannschaft im „Finkenbrunn“.

Friedland. Sonnabend 19,30 Uhr im „Anter“ Monatsversammlung.

Sonstige Organisationen
Breslau.
— Internationaler Bund. Freitag 19,30 Uhr Messergasse 10 Mitgliederversammlung.
— Arb.-Esperanto-Gruppe. Freitag 20 Uhr bei Roither, Matthiasstraße 35 Monatsversammlung.
Freiburg. Metallarbeiterjugend. Rottz zu spät.
Schweidnitz. Rote Hilfe. Donnerstag 19,30 Uhr bei „Nebel“ Mitgliederversammlung. RFB-Kameraden haben Zutritt. Referent: Genosse **Dombröck**-Breslau.

Verantwortlich: Für den politischen Teil **Kurt** **Dombröck**, für „Betriebe und Werkstätten“ und „Waldenburg“ **Witold** **Hernald**, für „Breslau“, „Schlesien“ und die übrigen Beilagen **Ulrich** **Thomas**, sämtlich in Breslau. — Für den ober-schlesischen Teil **Fritz** **Zendrosch**, **WZ**, **Strehlen**. Für Interate **B. Gerber**-Breslau.

Gawerkschaftshaus - Lichtspiele

Heut Donnerstag, den 1. März, und morgen Freitag, den 2. März 5 und 8 Uhr

Das größte Deutsche Lustspiel

Die Hose

Der Skandal in der Kleinstadt

Kultur-Programm:

„Schlesien“

Für Jugend verboten

Erywerlose bis 5 Uhr 25 Pf., sonst Einheitspl. 20 P
Arbeiter Sport-Kartell

Waldenburger Bergland

Gemeindevertreterwahl in Weisklein

Die am Dienstag stattgehabene Gemeindevertreterwahl umfasste 23 Tagesordnungspunkte, die aber diesmal verhältnismäßig schnell ihre Erledigung fanden.

Da die Erwerbslosen mit Recht annehmen, daß die in der letzten Versammlung als Auswirkung der vor kurzem in Breslau stattgefundenen Erwerbslosenkonferenz als Dringlichkeitsanträge behandelt würden, so war der Saal schon vor Beginn der Sitzung überfüllt, so daß viele wieder umkehren mußten, weil kein Einlaß mehr fanden.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung begründete der Gemeindevorsteher die Notwendigkeit einer Aenderung der Milchverordnung, wonach von jetzt ab der Nachweis erbracht werden muß, daß der Tagesumsatz nicht unter 150 Liter ist. Davon wird die Genehmigung für jeden Straßenhändler abhängig gemacht. An Stelle des Genossen Weigel wurde Genosse Klein und als Vertreter Genosse Weisklein in den Vorstand gewählt. Durch den Beitritt der Stadt Waldenburg zum Waldheimstättenzweckverband Weisklein-Oberfalzbrunn machte sich eine Satzungsänderung betreffend der Delegierten notwendig. Rummehre erhält je drei Gruppen, einschließlich des Gemeindeoberhauptes, sieben Vertreter. Von uns ist wie bisher in diesem Ausschuss Genossin Neumann und als Stellvertreter Genossin Wottky. Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion wurde der Verkauf von Gelände an die evangelische Kirchengemeinde Niederfalzbrunn beschlossen. Punkt 9 der Tagesordnung wurde auf Beschluß nach der öffentlichen in geheimer Sitzung behandelt, da es sich um Grundstücksverkauf handelte.

Als recht mittelalterliche Zustände brandmarkt Genosse Honisch, daß die Gemeinde dem Fürsten Pleß im Ortsteil Salzbrunn Wege ablassen muß, die wahrheitsgemäß seine edlen Vorfahren (Käubritter?) sich in früheren Jahrhunderten angeeignet haben.

Einmütig wurde die Uebernahme des Angestellten Fiedler ins Beamtenverhältnis beschlossen, ebenso die Einstellung einer zweiten Stenotypistin.

Lichtbildervortrag der Weiskleiner Ortsgruppe

Am 21. Februar, 20 Uhr, veranstaltete die Weiskleiner Kommunistische Jugend einen Lichtbildervortrag über die französische und deutsche Revolution. Als zweites Bild lief ein kleiner Naturfilm: „Eine Wanderung durch den Fürstentum Grund.“ Eingeleitet wurde der Vortrag durch den Jugendgenossen Rittner. Zu dem Film sprach Genosse Klein. Der Naturfilm brachte wunderbare Bilder aus dem Reiche des Fürsten Pleß. Dieser Fürst zahlt einen Lohn, der wirklich fürstlich zu nennen ist. Diesen Monat gingen Arbeiter und vor allem Jugendliche mit 50 Fig. „Verdienst“, ja manche mit Lohnresten nach Hause. Und dieser Herr weiß nicht, was er vor Langeweile anfangen soll. Im großen und ganzen war der Lichtbildervortrag für uns ein Erfolg. Ungefähr 50 Jugendliche waren anwesend, und auch ältere Genossen und Kollegen hörten interessiert zu. Wir glauben, wenn wir auf diesem Wege fortfahren uns zu bilden und gleichzeitig etwas nach außen bieten, werden wir als Jugendverband wachsen und vorwärtsschreiten im Interesse unserer Bewegung.

Niederschlesien

Görlitz

Stadtverordnetenversammlung. Am Freitag findet die nächste Stadtverordnetenversammlung statt. Die Tagesordnung umfaßt 14 Punkte. Neben der Genehmigung eines neuen Ortsplans für die städtischen Berufsschulen sowie die Verfertigung verschiedener Anträge des Hansbaltsplans 1927 stehen zwei Interpellationen auf der Tagesordnung. Die Interpellationen beziehen sich auf eine ziemlich kürzliche Sitzung zu führen. Die Bürgerlichen sind ganz aufgeregt, daß die Stadt Görlitz beim hiesigen Konsumverein eine Anleihe von 250 000 Mark aufgenommen hat und weiter als Mitglied dem Konsumverein beigetreten ist. Darüber große „Empörung“, die doch gar nicht am Platz ist, da die bürgerlichen Magistratsmitglieder dieser Anleihe und dem Beitritt zugestimmt haben. Wir freuen uns schon im voraus auf die große Blamage. Die zweite Interpellation ist von der SPD und bezieht sich auf den jüngsten behandelten Angelegenheit des Stadtrats Hermann und den wunderbaren Holzlaß. Wir sind gespannt, was in dieser Sache noch aus Tageslicht kommen wird.

Die Erwerbslosenzahl. Nach Mitteilung des Arbeitsamts Görlitz beträgt die Zahl der Erwerbslosen noch 2123. Es ist mithin ein kleiner Rückgang von 108 Erwerbslosen zu verzeichnen.

Leistungliche Veranstaltung des KJWB. Am Sonnabend veranfaßte der KJWB, Ortsgruppe Görlitz, im Lokal Viktoria-Karten in Groß-Biesnitz einen bunten Kameradschaftsabend. Alle Mitglieder proletarischer Organisationen sowie Freunde und Bekannte und Sympathisierende sind herzlich eingeladen. Anfang 20 Uhr. Unter anderem findet Verlosung, Saalproß und Tanz statt. Erscheint recht zahlreich.

Rabbiner. Auf der Berliner Straße Ecke Hospitalkirche ist von einem mit 50 Zentner Zuladung beladenen Wagen das hintere rechte Rad weggebrochen. Da ein Teil der Zuladung auf die Straße fiel, entstand eine Verkehrsbehinderung.

Wahlung! Freitag im „Selbstkeller“ Volksversammlung des KJWB.

Selbstmord. Der Kunstgewerbetler Handwerler in Hoverswerda verübte Selbstmord durch Erhängen. Unklare Verhältnisse sollen der Grund zu der Tat sein.

Aus dem Kreisstag Neßdenburg

Am 21. Februar fand in Neßdenburg eine Kreisversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gelangte Jappas (Soj.) als Kandidat des bisherigen Stellvertreters Herz (Soj.) vor. Von kommunistischer Seite erfolgte die Erklärung, daß wir für den Sozialisten stimmen werden, da dieser direkt aus der Arbeiterschaft hervorgegangen ist. Ergebnis: Herz 18 Stimmen, Jappas 2 Stimmen, 6 Stimmzettel unbeschrieben. Der nächste Tagesordnungspunkt war die Verlängerung der Jagdgesetzgebung für 1927 und die Aenderung der Jagdgesetzgebung für 1928. Laut ministerieller Verfügung müssen die neuen Jagdgesetzgebung gegenüber den bisher bestehenden erweitert werden! Von rechter Seite wurden Klagen laut über die „Unzumutbarkeit“ der Jagden. Außer Genossen schlugen darum vor, daß man dann doch lieber auf die Jagden verzichten solle. Wir sind gegen die Verlängerung der Jagdgesetzgebung und fordern, daß die Rechte, die die Erwerbslosen des Kreises hierbei erfahren, von den Behörden in anderer Hinsicht wieder ausgeglichen wird. Die vom Reichsausschuss beantragte Fassung der neuen Jagdgesetzgebung wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Die Beschlußfassung über den Umbau von Frießel (Kreisgrenze) nach Zibelle löste eine längere Debatte aus. Von kommunistischer Seite wurde hierbei besonders auf die Chancen

Wer ist schuld daran?

Die für Sonnabend, den 25. Februar, 18 Uhr, nach dem „Schützenhaus“ Gottesberg einberufene Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes Deutschlands wurde äußerst schlecht besucht. Ganze 17 Mann, einschließlich des Funktionärkörpers, waren erschienen, so daß die Versammlung nicht stattfinden konnte. Und das bei einer Mitgliederstärke der Zahlstelle von 800 Mann.

Wer ist schuld an dieser Passivität der Mitglieder? Sind es nicht Dusemann & Co., die durch ihr Handeln und Verhandeln mit den Unternehmern und Abtreiben jeder Bewegung das Interesse der Mitglieder am Verband schwächen?

Leider bedenken diese Mitglieder, die aus Verärgerung den Zahlstellenversammlungen fernbleiben, nicht, daß sie damit gegen ihre Interessen handeln und den reformistischen Führern in die Hände arbeiten.

Kameraden, besucht die Zahlstellenversammlungen und übt Kritik an der Niederlagenstrategie der Gewerkschaftsführer! Beteiligt euch reger am Verbandsleben, damit der Bergarbeiterverband wieder ein Kampfinstrument der Kumpel wird. Wenn ihr aber den Versammlungen fernbleibt, dann tragt ihr selbst die Schuld, wenn die Reformisten noch ihre arbeiterschädliche Gewerkschaftspolitik treiben können.

Schweidnitz

Der Ludwigsborser Doppelmörder geständig!

Wie uns aus Schweidnitz mitgeteilt wird, hat der wegen Mordverdacht verhaftete Maschinist Paul Gabriel aus Oberweistritz eingestanden, daß er vor acht Jahren den Jung in Ludwigsdorf ermordet hat, um sich in den Besitz der im Laufe der Ermordeten befindlichen Sparbeträge zu setzen. Gester bei dieser Tat war der Schwiegerjohn des am Sonnabend früh aus dem Bett heraus verhafteten Ehepaars, dessen Verhaftung wir vor einigen Tagen gemeldet haben.

Kotzenbach. Schwere Unfall bei den Abbrucharbeiten. Am Montag früh, gegen 9 Uhr, verunglückten drei Arbeiter schwer bei Abbrucharbeiten auf der stillgelegten Konj. Abendrötegrube. Vier Arbeiter waren mit dem Abmontieren des Förderlorbes beschäftigt, als dieser plötzlich umstürzte; einer konnte sich noch rechtzeitig retten, die anderen drei wurden vom Schachtgerüst erfasst. Zwei erlitten schwere Weirbüche und Kopfverletzungen und dürften kaum mit dem Leben davonkommen. Sie wurden ins Krankenhaus nach Landeshut überführt, der dritte konnte nach seiner Wohnung geführt werden.

Langwaltersdorf. Note Justiz und Terror. Ueber dieses Thema spricht am Montag, dem 4. März, 15 Uhr, der sozialdemokratische Aufrührer Delegierte Rag Vogel in einer öffentlichen Versammlung der Roten Hilfe, zu der alle Einwohner Langwaltersdorf eingeladen sind. Besonders die sozialdemokratischen Arbeiter werden aufgefordert, von einem ihrer Parteigenossen die Wahrheit über den Arbeiter- und Bauernhaß zu hören. Die Versammlung findet im Gerichtskreisamt statt. Sorgt für Massenbesuch!

Beißwasser—Ruska hingewiesen, ebenso auf die schlechten, oft skandalösen Zustände von sogenannten „Arbeiterwegen“, die direkt zu den Fabriken führen. Von einem Mitgliede des Kreisratschusses wurde dazu gesagt, daß die Gemeinden zur Verbesserung von solchen Wegen Anträge auf Beihilfen an die Wegebaukommission stellen sollen. Die Abstimmung über die Vorlage ergab einstimmige Annahme. Ohne Debatte genehmigt wurde die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 60 000 Mark zum Neubau der Weiskleinbrücke—Bodroische. Weiterhin wurde die Uebernahme der Bürgschaft auf ein Darlehen in Höhe von 50 000 Mark für die Gemeinde Schleife zu einem Schulhausneubau beschlossen. Unhaltbare Zustände herrschen bisher in diesem Dorf. Ist doch dort eine Klasse Kinder bereits den dritten Winter in einer Stummhauerwerkstatt unterrichtet worden! — Der weitere Verlauf der Tagesordnung ergab einige Resonanzen in das Jugendamt, eines Amtsvorsteher-Stellvertreters für Weisklein sowie in das Wasserwerkamt IX. Bei der Wahl der Vertrauensmänner zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen wurde der kommunistische Antrag, im Amtsgerichtsbezirk Ruska je einen kommunistischen Vertrauensmann hinzuzunehmen, gegen die Stimmen unserer beiden Genossen abgelehnt. Schiedsmannswahlen bildeten den Abschluß der Sitzung.

Sagan

Tagebau. Ein Arbeiter berichtet uns: Am Dienstag voriger Woche ereignete sich ein Unfall, der sehr deutlich die übergroße Nervosität einiger Polizeibeamten zum Ausdruck brachte. Ein Kutscher vom Dominium Czersdorf fuhr entgegen den Verkehrsregeln auf der linken Seite der Halbauer Straße, was dem Polizeibeamten Krömer Veranlassung gab, ihn auf die geltenden Verkehrs-

vorschriften aufmerksam zu machen. Das war ohne Zweifel richtig. Der Kutscher fuhr nun auf die rechte Seite, als plötzlich Bräunert den Pferd in die Gängel fiel, des Kutschers Personalien im barockischen Tone forderte, und als dieser sich weigerte, denselben mit Gewalt vom Wagen zerrte. Der hinzukommende Polizeibeamte Schickel, der wahrscheinlich seine Schnelligkeit beweisen wollte, stürzte sich gleichfalls auf den Kutscher, um dessen Handgelenke mit stählernen Ordnungshaken zu schmücken. Nicht genug damit, schloßten die beiden Ordnungshüter den wehrlos gemachten Kutscher, so daß seine Handgelenke blutiggerissen wurden. Wir glauben, daß diese brutale Handlungsweise wohl schlecht geeignet ist, die „Autorität“ der Saganer Polizei zu befestigen. Wenn die Herren der beiden Beamten keine größere Belastung übertragen, sollten sie aus ihrem Amte verschwinden. Die Polizei ist für die Sicherheit der Bevölkerung da, aber nicht, um mit terroristischen Methoden die Verkehrsstrassen unsicher zu machen.

Auf Grund unserer Veröffentlichungen über die Geschäftspraxis des Malermeisters Lippert war dieser so lebenswürdig, unseren Saganer Genossen eine „Berichtigung“ anzustellen. Daß der artikel-schreibende Arbeiter ein „Zungenlicht ersten Ranges“ ist, ist für den Malermeister sonnenklar. Ebenfalls wird von ihm abgeleitet, den Arbeiter zu dieser Geschäftstour veranlaßt zu haben, gibt aber zum Schluß zu, daß der Arbeiter eigentlich mehr Prozente erhalten hätte, wie ihm zustanden. (Herr Lippert, warum geben Sie Prozente, wenn keine Verpflchtung vorhanden ist?) Leider können wir die Erwiderung nicht zum Ausdruck bringen, da sie nicht an die Redaktion gerichtet ist.

Ein Saganer Textilarbeiter gibt uns Kenntnis von einem Briefe, den er vom Wohlfahrtsamt in Kamenz i. S. erhielt, dessen Inhalt wir kurz mitteilen. Das Wohlfahrtsamt schreibt, daß seine Mutter vier Jahre lang Unterstützung erhalten hätte, die nun die Höhe von 675,60 Mark erreicht hat. Da die Saganer Republik nun einmal für solche Sachen kein Geld übrig hat, ersuchen sie den Arbeiter, der, nebenbei gesagt, selber eine starke Familie ernähren muß, diese Summe dem Wohlfahrtsamt in Kamenz zurückzugeben. In anderen Fällen droht man ihm, nach den gesetzlichen Bestimmungen die Summe vom Lohn abzuziehen. Wir sehen hier erneut, wie sich alle Gesetze, ganz gleich welcher Art, immer gegen die Arbeiter auswirken. Der Staat, dessen Pflicht es eigentlich wäre, die Frau zu unterstützen, wälzt auch diese Pflicht auf die ohnehin schon stark belasteten Schultern des Arbeiters.

Glogau

Sittlichkeitsverbrechen an der eigenen Tochter. Das hiesige Reichswasserfahrsamt verhaftete am Sonntag einen Schiffshelger, der sich an Bord eines nach Breslau fahrenden Dampfers befand, und der sich an der eigenen zehnjährigen Tochter schwer vergangen hatte.

Legnitz

Zum Leichensund im Brunnen.

Die Leiche des im Schöpfbrunnen bei Bersdorf gefundenen Fleischergehilfen Blache ist von einer Gerichtskommission untersucht worden. Es ergab sich, daß an dem Blache kein Verbrechen begangen worden ist. Die Leiche ist daraufhin freigegeben worden. Zwei Zeugen wollen Blache gegen 7 Uhr früh noch in der Nähe des Brunnens gesehen haben. Offenbar kommt Selbstmord in Frage.

Dreihundertfünfzig Neuaufnahmen. Durch die rege Propaganda wurde die am Montag von der Roten Hilfe durchgeführte Versammlung zu einem vollen Erfolg, den wir mit Genugtuung und dem Versprechen auf weitere reistlose Tätigkeit feststellen. Der Saal im „Reichs-Adler“ war bis auf den letzten Platz gefüllt, auch die noch herbeibrachten Stühle langten auch nicht. Die Referentin, Genossin Traute Vogel, zeigte in ihrem gut vorgetragenen Referat die ausgesprochene Klassenjustiz in unserer schönen, der freiesten aller freien Republiken. Eine Resolution, die die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen fordert, wurde, trotz der Anwesenheit der Gegner, einstimmig angenommen. Der Proklamationsverkauf und die Tellerammlung waren gut. 53 Neuaufnahmen, für hiesige Verhältnisse ein großer Erfolg, und der Beweis dafür, daß die Proleten anders denken als unser Justizminister Dergt, der von „Recht und Gerechtigkeit“ der deutschen Justiz spricht.

Bunzlau

Opfer einer Gasvergiftung. In Georgenthal wurde ein Bahnarbeiter mit Frau und Kind bewußtlos aufgefunden. Sie waren einer Kohlenoxydgasvergiftung zum Opfer gefallen. Der Mann liegt in bedenklichem Zustande im Bunzlauer Krankenhaus.

Aus dem Riesengebirge

Öffentliche Frauenversammlung in Peisersdorf. Am Sonnabend fand im Gerichtskreisamt, um 20 Uhr, eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der die Genossin Gahne aus Breslau spricht.

Schredlicher Tod eines Kindes. Dieser Tage ist das vierjährige Tochterchen des Arbeiters Oskar Seidelmann in Kaufung in einem Topf mit heißem Wasser gefallen, der auf der Stubendiele stand. Das bedauernde Kind erlitt so schwere Verbrühungen, daß es nach unsäglichen Schmerzen verstorben ist.

Grünberger Auslese

Neue Zustände bei der Firma Jank & Co.

Ein sehr höflicher Mann ist bei der genannten Firma der Arbeiter Lange. Als neulich eine Arbeiterin eine Mark Strafen zahlen mußte, weil angeblich das Stüd zu leicht war, beschwerte sie sich bei dem Meister und erklärte ihm: „Das liegt an dem ungleichen Schuß.“ Darauf antwortete der Meister: „Sie A..., dämliches, das müßte doch mit dem Gewicht stimmen.“ Das ist übrigens nicht der erste Fall, da fast schon mehrere solcher Dinge passiert. Die Textarbeitnehmer werden wie ein Stüd Vieh angehandelt und behandelt. Wir sind ja im Reiche der kapitalistischen Nationalisierung. Wenn es nicht paßt, der kann gehen. Es gibt ja genug, die noch auf der Straße sitzen und auf Arbeit warten. Das ist die Meinung dieser Herren. Wir wollen hoffen, daß die Betriebsräte diesen Zuständen energig entgegenzutreten — Da ist hoch der alte Wassermeister Buchholz ein anderer Mann. Wenn er auch einerseits die Arbeiter nicht zur Ruhe kommen läßt, so ist er auf der anderen Seite den jungen Frauen und Mädchen gegenüber sehr liebenswürdig.

Früh hat Feinwerk?

In der vergangenen Woche soll hier eine Kommission aus der Stadt Hagen mit Oberbürgermeister Finkle gewesen sein, die unter-suchen sollte, ob aus den Verletzungen ihres Stadtobershauptes etwas Rahms daraus wäre, oder nicht. Unseren Genossen ist von der Kommission dieser Kommission nichts bekannt gemacht worden. Wenn die Stadtväter von Hagen Aufklärung haben wollten, so sollten sie sich nur an die kommunistische Stadtkonferenzaktion wenden. Wir

möchten hierbei gleich einmal die Stadtverwaltung aufmerksam machen, daß doch ein Beschluß der städtischen Körperschaften vorliegt, wonach Herr Finkle und Herr Kaiser den der Stadt und der Stadt-bank durch die Gakta-Geschichte entstandenen Schäden zu ersetzen haben. Auch hat Finkle bis heute noch nicht daran gedacht, die 2000 Mark Aufwandselder von der Elektro und das zwiefel-belommene Gehalt von 96 Mark zurückzugeben. Man jammert immer, daß das Grünberger Stadtsäckel dauernd leer wäre. Warum werden diese Tausende von Uhren nicht zum öffentlichen Verkauf ge-biacht und an die milderbemittelte Bevölkerung für billiges Geld ab-gegeben? Warum stehen die Autos noch immer als nutzloses Inventar in der Niederstraße? Ehe alles verkauft und verrottet, soll man es doch lieber zu Geld machen und die steuerzahlende Bevölkerung er-läufen.

Die die Wahrheit nicht hören wollen.

Eine gewisse Partei scheint das Anwachsen der Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung“ nicht mit besonderer Freude zu begrüßen. So hat man ohne weiteres auf dem hiesigen Nachweis Plakate ausgehängt, die den Verkauf von Zeitungen usw. verbieten. Wie wir hören, ist dies auf Betreiben des Herrn Rauple zurückzuführen. Diese Machination soll die Werbearbeit für unsere Presse nicht zum Stillstand bringen. Derzeitige Grünberger, werdet Leser der „Arbeiter-Zeitung“. F-stellungen auf Abonnements nimmt jedes Mitglied der SPD. und d-ritten Frontkämpferbundes entgegen. Die Zeitung erscheint wöchl-lich und kostet frei Haus 50 Pf. pro Woche.